

Rainer Tetzlaff:

Afrika als Teil der Vierten Welt, der Welt der erodierenden Staatlichkeit – abgeschaltet von der Globalisierung?

Ursachen und Hintergründe von Staatsverfall und Ent-Menschlichung
(zivilisatorische Regression)

(Beitrag zum Politik-Symposium des *Weltethos-Projekts* von Hans Küng:
„Ein neues Paradigma internationaler Beziehungen?
Ethische Herausforderungen für die Gestaltung der Weltpolitik“)
- überarbeitete Fassung, Januar 2003 -

1. Einleitung: Afrika, der abgeschaltete Kontinent - Verlierer der Globalisierung? (Die Ambivalenz der politischen Heterogenität und der kulturellen Vielfalt Afrikas)

Viele Zeitgenossen fragen sich besorgt: Ist Afrika „ein verlorener Kontinent“, der den Anschluss an die zivilisierte, globalisierte *Eine Welt* schon verloren hat? Und sie haben Grund zu solcher Besorgnis: Stellvertretend für zahlreiche Afrika-Kenner, die bezüglich des „dunklen Kontinents“ zwischen Verständnis, Liebe und Verzweiflung hin und her schwanken – skizzierte *Michael Birnbaum* die Situation in Afrika zu Beginn des neuen Jahrtausends wie folgt: „Afrika provoziert, dort siegt das Böse. Belege dafür gibt es ohne Ende: In Sierra Leone massakrieren so genannte Rebellen seit Jahren ihre Mitmenschen...In Somalia war es 1993 der Kriegsherr Mohamed Aidid, in Ruanda 1994 der siegreiche Tutsi Paul Kagame, im Kongo 1997 Laurent Kabila – das Schema wiederholt sich: Der Kriegsherr siegt, die Moral resigniert, die Gewalt setzt sich durch...Auf dem ganzen Kontinent wuchern Brutalität, Despotismus und Korruption...Wohin man blickt: Die Staaten Afrikas sind bedeutungslose Hüllen, ihre Institutionen – Regierung, Parlament, Verfassungen – nur die Kulissen, hinter denen sich die Unterdrücker von heute persönlich schadlos halten: die Despoten, Clans und herrschenden Eliten“ (Michael Birnbaum: „Der böse Kontinent“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. Juni 2000, S. 17).

Das ist in aller Kürze die Beschreibung dessen, was neuerdings (wieder!) „*Vierte Welt*“ (Nuscheler 1995: 76; Castells 2003; Senghaas in diesem Band) genannt wird – die Welt der politisch Exkludierten und sozial Marginalisierten. Gibt es für *dieses* Afrika – es gibt auch noch das erfolgreiche Afrika, s.u. - eine Rückkehr in den Strom globaler Normalität, einen praktikablen Ausweg aus dieser *entwicklungsgeschichtlichen Sackgasse*?

In Afrika südlich der Sahara leben 11% der Weltbevölkerung, aber nur 1-2 % des Welthandels entfallen auf diesen klimatisch extremen Kontinent, der noch

immer fast nur Rohstoffe exportiert und inzwischen 230 Milliarden US Dollar Auslandsschulden aufgetürmt hat (1998). „*Global players*“ mit ausländischen Direktinvestitionen meiden den Kontinent fast ganz, - von einigen wertvollen Erdöl- und Erdgasfeldern, Kupferbergwerken, Goldgruben und Uran- und Diamantefeldern abgesehen. Von den 47 ärmsten Staaten der Welt liegen 32 in Afrika südlich der Sahara, wo auch 70% aller HIV-/Aids-Kranken Menschen leben sowie sieben Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge. Wegen langer kostspieliger Transportwege, niedriger Ausbildung und geringer Arbeitsproduktivität gehört Afrika zu den teuersten Produktionsstandorten der Welt. Afrikanische Länder sind deshalb (vielleicht mit Ausnahme Südafrikas und Tunesiens) als Investitionsstandorte international nicht wettbewerbsfähig und daher weder verlängerte Werkbänke (wie in Südostasien) noch Bestandteile internationaler Wertsteigerungsketten (wie in Osteuropa). War das Pro-Kopf-Einkommen in den beiden Regionen Ostasien und Afrika Anfang der 60er Jahre „noch nahezu identisch, lag es Ende der 90er Jahre in Ostasien um weit mehr als das Fünffache über dem in Afrika“ (BMZ 2002: 20) – ein Hinweis darauf, dass die Ursachen für diese Kluft weniger in Weltmarktverhältnissen zu suchen sind als eher in regionalspezifischen *internen* Verhältnissen, einschließlich der politischen und kulturellen Verhaltensweisen der dominanten Eliten und ihrer institutionellen Kontexte, in denen sie als souverän gewordene Staatsklassen agieren.

Etwa die Hälfte der Länder Afrikas haben keinen Anschluss an das Internet, das Netz der Netze, und was die *Informationstechnologien* angeht, „in unserer Zeit die entscheidenden Faktoren, um Reichtum, Macht und Wissen hervorzubringen und Zugang dazu zu erhalten“ (Castells 2003: 95), bildet Afrika das Schlusslicht: Es ist „im Großen und Ganzen die abgeschaltete Weltregion“ mit sehr geringen Entwicklungspotentialen (Castells 2003: 96; Kappel 2000). Ist Afrika also „ein verlorener Entwicklungskontinent“, wie ein weit verbreitetes Urteil lautet - ein Verlierer der Globalisierung und mithin ein Sozialfall für Weltinnenpolitik? Fällt Afrika als Sonderfall aus dem Rahmen zivilisatorischen Fortschritts? Und wenn ja, was könnte, was sollte Europa als Wiege der zur Zeit dominanten Weltzivilisation tun?

Als Ausgangspunkt der folgenden, von *Hans Küng* angeregten Betrachtung über Afrikas Zukunft und Anschlussfähigkeit an eine globalisierte Welt auf ihrer Suche nach gemeinsamen ethischen Standpunkten und Standards soll die zentrale Aussage über Afrika in dem „*Manifest für den Dialog der Kulturen: Brücken in die Zukunft*. Eine Initiative von Kofi Annan“ aus dem Jahr 2001 dienen:

„Wenn wir ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt als einen globalen Aktivposten ansehen, dann kann man Afrika nicht nur als den Kontinent von Aids-Epidemien, Unterentwicklung und gesellschaftlicher

Desintegration sehen. Man kann diesen Kontinent auch als einen reichen Fundus an menschlicher Spiritualität und gesammelter Weisheit der Stammesältesten betrachten. Der Geist Afrikas, verkörpert in der geologischen und biologischen Vielfalt des winzigen Gebiets um Kapstadt in Südafrika, das an Reichhaltigkeit mit dem riesigen Gebiet Kanadas vergleichbar sein soll, kann zu einer Quelle der Inspiration für ein neues Denken werden, das gesellschaftliche Entwicklung als globales Gemeinschaftsunternehmen ansieht. Das Schicksal Afrikas ist auch für Nichtafrikaner wichtig, weil wir ohne eine ganzheitliche Wahrnehmung menschlichen Wohlergehens unsere Sicherheit nicht angemessen verankern können - und schon gar nicht unser Wohlergehen in der globalen Gemeinschaft als Gesamtheit“ (Pico (Ed.): Brücken in die Zukunft 2001: 87-88).

Diesem sympathischen Plädoyer für Einbindung auch Afrikas als dem ärmsten und krisenreichsten Kontinent der Welt in den globalen Dialog der Kulturen, um gemeinsam zu einem verabredeten Weltethos mit einigen elementaren zivilen Grundwerten zu kommen (Küng 1990), kann – betrachtet man es normativ als ein *positives Wunschbild* – ohne weiteres zugestimmt werden. Dabei basiert die Argumentation der *Manifest*-Autoren (einer *Group of Eminent Persons*, bestehend aus 19 Repräsentanten aller großen Weltregionen und Weltkulturen) auf zwei zentralen Aussagen (zur Begründung ihrer Kooperationsethik bezüglich Afrikas):

- Zum einen wird „Afrika“ als Kontinent der *kulturellen Vielfalt* und des spirituellen Reichtums dargestellt, also als ein historischer Kulturraum, der auch den anderen Völkern und Kulturen etwas zu geben hat.
- Zum anderen wird im Sinne des *erweiterten Sicherheitsbegriffs* (der heute schon zur selbstverständlichen Norm geworden ist; Frank 2001) an „den gesunden Menschenverstand“, das „Gerechtigkeitsgefühl“ (ebd. S. 89) und das aufgeklärte Eigeninteresse der reicheren und mächtigeren Staaten und Weltregionen appelliert: Aus Sicherheits- und Wohlstandserwägungen heraus solle man Afrika im wahrsten Sinne des Wortes nicht hängen, nicht in Anarchie, Chaos oder Anomie versinken lassen, sondern sich sowohl solidarisch als auch klug verhalten. Vernunft und Mitgefühl sprächen also für die kooperative Integration auch dieser Krisenregion in die *Eine Welt*, die - gemäß des Küngschen Weltethos - zu erhalten ein *verantwortungsethisches Gebot* darstellen würde (Küng 1990: 51f.).

Dieser optimistischen Sicht der Dinge aus der *One-Word*-Perspektive würde wohl auch jeder aufgeklärte Afrikaner zustimmen. Sie hat jüngst auf hoher diplomatischer internationaler Ebene eine bemerkenswerte Bekräftigung erfahren. Denn im Jahr 2001 verkündeten die afrikanischen Staatsoberhäupter das sogen. *NEPAD-Programm* (NEPAD ist das Akronym für „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“), das erstmals ein klares Bekenntnis der politischen Staatsoberhäupter Afrikas zum neoliberalen Entwicklungsweg unter den akzeptierten

Rahmenbedingungen der Globalisierung abgelegt hat¹: Man gibt darin seiner Überzeugung Ausdruck, dass die „globale Revolution sowohl die Bedingungen als auch die Mittel für Afrikas Verjüngung gewährleisten könnte...Obgleich die Globalisierung die Kosten für Afrikas Fähigkeiten zum Wettbewerb erhöht hat, meinen wir, dass die Vorteile einer wirksam gemanagten Integration die besten Voraussetzungen für zukünftige wirtschaftliche Prosperität und Reduzierung der Armut bieten“ (§ 28). Ferner wird ein umfassendes Bekenntnis zu all den *ethisch-politischen Werten* abgelegt, auf die die westliche Gebergemeinschaft im Dialog mit Afrika bisher schon Wert legte (ohne allerdings in der Praxis allzu viele nachhaltige Reformen in diese Richtung bewirkt zu haben): Schutz von Demokratie und Menschenrechten, Gewährung von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz, Stärkung der Mechanismen zur Konfliktprävention und zur Friedenssicherung, Aufrechterhaltung makro-ökonomischer Stabilität und Förderung der Rolle der Frauen durch mehr Erziehung und berufliche Bildung (§ 49; vgl. Melcher 2002: 27f.). Sogar der vom südafrikanischen Präsidenten *Thabo Mbeki* geleugneten Gefahr der Aids-Epidemie wird Rechnung getragen, in dem die afrikanischen Führer „gemeinsame Verantwortung“ für die Revitalisierung der Gesundheitsdienste geloben, „mit hoher Priorität der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten“ (§ 49, zit. nach NEPAD 2002: 37).

Damit ist eine deutliche ideologische Abkehr von früheren programmatischen Absichtserklärungen (wie z.B. den berühmt-berüchtigten „Lagosplan“ der *Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)* von 1980 – ein breit ausgreifender Reformplan, der niemals auch nur ansatzweise in Angriff genommen wurde) afrikanischer Spitzenpolitiker zum Ausdruck gebracht worden, die sich lange Zeit an dependenztheoretisch beeinflussten Utopien von „*collective self-reliance*“ und *tiermondistischem* Sozialismus orientiert und vor allem eine prinzipielle Kritik an der *neoliberalen Strukturanpassungspolitik* von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) beinhalteten hatten. Nach der in den frühen 90er Jahren vollzogenen ideologischen Kapitulation der ehemaligen realsozialistischen Staaten vor dem marktwirtschaftlichen Entwicklungsprogramm der beiden Bretton-Woods-Institutionen Weltbank und IWF, niedergelegt im neoliberalen „Washingtoner Konsens“ (Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung), ist damit die letzte staatliche Widerstandsfront der Globalisierungsgegner gefallen (Tetzlaff, *Weltkulturen im Globalisierungsdruck*, 2000). Diese ideologische Wende stellt eigentlich eine

¹ Das NEPAD-Programm stellt zur Zeit die ideelle und ethische Grundlage für den Versuch einer politischen Wiederbelebung der Zusammenarbeit zwischen einem marginalisierten Kontinent, der ökonomisch immer weiter abrutscht, und den weitgehend frustrierten Regierungen der Industriestaaten des OECD-Clubs dar, die seit dem Ende des Kalten Krieges „good governance“ einfordern. Es ist abgedruckt in: Evangelischer Presse-Dienst (epd): Entwicklungspolitik, 9/10/2002 (Mai), S. 33-37.

historisch günstige Voraussetzung für einen aussichtsreichen Dialog der Kulturen über eine weitere Verrechtlichung der weltumspannenden Verkehrsformen in Hinblick auf eine verbindliches Weltethos dar, - aber der Schein trügt, Vorsicht ist geboten; denn auch gut gemeinte *Ankündigungspolitik* allein hilft nicht weiter.

Denn bei näherem Hinsehen erscheint „*Afrika*“ in der Weltöffentlichkeit in zwei Varianten, die auch im seriösen Politik- und Wissenschaftsdiskurs berücksichtigt werden müssen, das Afrika der Sonntagsreden und Gipfelkonferenzen der Diplomaten und das Afrika der alltäglichen Überlebensmühen der Bäuerinnen und Städter:

- Das *rhetorische Afrika* der diplomatischen Wunschdenker, der zweckoptimistischen Entwicklungspolitiker und der große Versprechungen und Sprüche machenden afrikanischen Staatschefs; bei diesem selbst konstruierten Afrikabild besteht die Gefahr, dass die realen politischen Probleme der verarmenden Völker hinter einer verbalen Nebelwand von (folgenlosen) Attacken gegen das „imperialistische“ oder „neo-kolonialistische“ Ausland sowie von feierlichen Absichtserklärungen für eine rosige Zukunft verschwinden.
- Daneben gibt es das *realexistierende Afrika* der hart arbeitenden, oft notleidenden Bäuerinnen, Bauern, Kleinhändlerinnen, Busfahrer und Staatsangestellten, der arbeitslosen Jugendlichen und perspektivlosen Studenten, das Afrika der Soldaten, der Kriegsflüchtlinge und Dürreopfer. Es ist das Afrika der 340 Millionen armer Menschen (die mit weniger als US\$ 1 täglich auskommen müssen), in dem sich die alltägliche Misere des harten Überlebenskampfes abspielt, und die auch Opfer jener Politik der großen einheimischen Sprücheklopfer vom Schlage eines Mobutu Sese Sekou (Präsident von Kongo-Kinshasa/Zaire 1965-1997) oder Robert Mugabe (Präsident von Simbabwe seit 1980) sind, die zu politischen Metaphern für afrikanische Selbstzerstörung geworden sind..

Je nachdem, auf welches Afrikabild man sich bezieht, kommt man zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen über die Entwicklungsperspektiven dieses Kontinents. Es liegt auf der Hand, dass für Sozialwissenschaftler das *rhetorische Afrika*, mit dem sich Politiker aller Länder oftmals belügen und betrügen, von geringerem Interesse ist, da die Diskrepanz zwischen den verlautbarten edlen Prinzipien und vollmundigen Versprechungen bezüglich „*good governance*“ einerseits und der politischen Repression in der realen Staatenpraxis (der Unterdrückung der Zivilbevölkerung und der politischen Selbstzerstörung einiger Volkswirtschaften durch die einheimische Staatsklasse) andererseits zu eklatant ist.

Es liegt nahe, dass sich Sozialwissenschaftler immer wieder mit den Ursachen dieser afrikanischen Sonderentwicklung – gemessen an den relativen Entwicklungserfolgen des ebenfalls kolonisierten Asiens - beschäftigt haben.

Jüngst erregte das sogen. *Afrika-Memorandum* einer Gruppe jüngerer Wissenschaftler (Engel/Klingebl/ Mair/Mehler/Schmidt 2000) Aufsehen, in dem sie behaupteten, dass die große Mehrzahl der afrikanischen Staaten es auch in Jahrzehnten nicht schaffen könnte, aus der gegenwärtigen Armut herauszuwachsen; das heute gültige Paradigma der „nachhaltigen Entwicklung“ würde nur für zwei oder drei Länder eine reale Bedeutung erlangen können. Verständlicherweise gab es in der NGO-Szene wie auch in der „scientific community“ große Aufregung, ja Empörung, über diesen gnadenlosen Afro-Pessimismus, der den Afrikanern pauschal eine Zukunft in Würde absprechen würde (Jakobeit/Weiland 2002). Obwohl die vielfältige (positive wie negative) Kritik am Afrika-Memorandum hier gar nicht diskutiert werden kann, so ist es aus prinzipiellen Gründen doch als verdienstvoll zu bewerten, wenn einmal das schier Undenkbare ausgesprochen wird, zumal wenn es aus der linearen Fortschreibung heute messbarer statistischer Wirtschaftstrends gewonnen wurde. Kritische Wissenschaft hat hier in Verantwortung vor der Gesellschaft (in bewusster Abgrenzung zu den routinemäßig positiven - aber meist unzutreffenden - Afrikaprognozen der Weltbank) auf die Möglichkeit eines Szenarios hingewiesen, in dem ein Kontinent von bald einer Milliarde Menschen, die durch die globalisierten Medien steigende Erwartungen an ein besseres Leben haben, den Anschluss an die globalisierte Moderne strukturell verliert und in Armut, Gewalt und Frustration zu versinken droht: Nur einer Hand voll Staaten wird eine Zukunftsfähigkeit prognostiziert, der große Rest würde auch in fünfzig Jahren die Fesseln der Armut nicht abgestreift haben.

Aus diesem Katastrophenszenario folgt, dass die illegale Immigration von (mehrheitlich nicht erwünschten) Flüchtlingen aus den Krisengebieten Afrikas dauerhaft stark zunehmenden wird. Vielleicht wird sie auch der Anstoß sein für die langfristige Herausbildung transnationaler sozialer Überlebensräume für in Europa arbeitende Afrikaner und von Immigrantenghettos in *Global Cities*. So entsteht möglicherweise ein afrophobisches Europa wider Willen.

Im Folgenden soll das *realexistierende* Afrika der Mehrheit armer Menschen mit seinen Problemen und Potentialen im Vordergrund der politikwissenschaftlichen Reflexion über seine Zukunftsfähigkeit stehen. Es ist zu einer präzedenzlosen Herausforderung für die zu schaffende Weltinnenpolitik der nahen Zukunft geworden. Was soll Europa tun?: humanitär intervenieren und Friedenszonen schaffen, oder Afrika sich selbst überlassen, oder stellvertretend für afrikanisches Krisenmanagement in kollabierenden Staaten Ordnung schaffen oder aber fallen lassen, was nicht auf eigenen Beinen stehen kann? Haben wir hierfür im Westen – in der angeblich so kreativen und zivilisierten Welt – eine problemadäquate Antwort?

2. Afrika existiert nur im Plural: Vielfalt, Heterogenität und die Last der Vergangenheit

Skizzieren wir zunächst den Gegenstand, um den es hier geht: Auch bei der Betrachtung der realen afrikanischen Verhältnisse in den vier postkolonialen Dekaden (1960-2000/2003) gilt die Regel, dass *Afrika nur im Plural existiert*; denn zu groß sind die Unterschiede zwischen flächenmäßig sehr großen und winzig kleinen Ländern („Ministaaten“, Inselchen), zwischen reichen Rohstoffländern mit Meeresküsten (z.B. Algerien, Nigeria, Angola und Gabun) und armen Sahelzonenländern ohne mineralische Rohstoffe und ohne Zugang zu Weltmeeren (wie Mali, Niger oder Zentralafrikanische Republik, ZAR), zwischen ethnisch relativ homogenen Staaten wie Somalia und Eritrea und *ethnisch-kulturell-religiös* sehr unterschiedlichen Ländern mit Hunderten von Sprach- und „Wir“-Gruppen, deren friedliche Koexistenz bei Krisen besonderer Anstrengungen bedarf (Äthiopien, Kongo/Zaire, Uganda, Burundi und Ruanda, Namibia, Kenia, Nigeria, Kamerun etc.). Auch für die folgende Betrachtung ist es sinnvoll, wenn dieser Kontinent der Extreme mit seinen 49 afrikanischen Ländern südlich der Sahara (mit gemischten Glaubensbekenntnissen) und seinen fünf muslimischen Staaten nördlich der Sahara (Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko) nicht als eine fiktive politische Einheit betrachtet wird, sondern als ein *lockeres Ensemble von drei heterogenen Gruppen von Ländern* mit je unterschiedlichen Friedens- und Entwicklungspotentialen, die allerdings politisch in der OAU bzw. der Afrikanische Union (seit 2001) geeint sind.

Gemessen an den beiden Kriterien *politische Stabilität* (intaktes Gewaltmonopol des Staates) und *sozio-ökonomische Entwicklung* (wirtschaftliches Wachstum, Exportdiversifizierung, Grundbedürfnisbefriedigung), lassen sich die folgenden drei Typen von *afrikanischen Ländern südlich der Sahara* unterscheiden:

- Erstens: Die zur Zeit (im Jahr 2003) aus etwa sieben bis neun Ländern bestehende Gruppe von politisch *relativ stabilen* und sozio-ökonomisch *relativ leistungsstarken, erfolgreichen* oder aussichtsreichen Ländern, die erste Erfolge mit *demokratischen, rechtsstaatlichen* Reformen aufzuweisen haben und dabei sind, ein Nationalbewusstsein als Kitt der Gesellschaft zu entwickeln. Es handelt sich um Mauritius, Südafrika und Botswana im Süden des Kontinents, um Benin, Mali, Ghana und Senegal im Westen. In Ostafrika gehören am ehesten Tansania (politisch stabil, aber unentwickelt) und Kenia (sozio-ökonomisch diversifiziert und dynamisch und politisch auf dem Weg zur Mehrparteiendemokratie) in diese Rubrik der „*emerging democracies*“.
- Zweitens: Eine relativ große Gruppe von *institutionell fragilen* und *politisch schwachen Staaten*, die durch Bürgerkriege, Militärdiktatur und diverse Stadien des Staatsverfalls bis zum Staatskollaps gekennzeichnet sind, in denen zur Zeit wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung politisch *blockiert* sind. Zu dieser Gruppe von „*failing states*“ oder „*failed states*“ - auf Deutsch Staatsverfallsländer – gehören z.B. Somalia, Sierra Leone, Liberia, Kongo-Kinshasa, Burundi und

Ruanda, Angola und Sudan etc. Sie haben gemeinsam, dass das in ihnen das Gewaltmonopol des Staates teilweise oder ganz abhanden gekommen ist und durch diverse Formen der *Privatisierung von Gewalt* ersetzt wurde.

- Drittens: Eine dritte Gruppe von Staaten bilden politisch stabile gleichwohl sozio-ökonomisch stagnierende Länder: *strukturell labile* Staaten zwischen den beiden Polen Demokratisierung und Staatszerfall. Es handelt sich um die große Gruppe der verarmten, autoritär regierten Regime, die in drei Varianten in Erscheinung treten:
 - a) Regierungen sind zwar durch (nicht „freie und faire“) Wahlen formal demokratisch legitimiert (Fassaden-Demokratien), aber die Länder sind und bleiben arm aufgrund nicht vorhandener Entwicklungspotentiale (z.B. Malawi, Burkina Faso, Guinea-Bissau),
 - b) Regierungen sind nicht demokratisch legitimiert (sondern durch Tradition bzw. dem Sieg ihrer Waffen), aber die autoritären Regime haben immerhin einige wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen (Gabun, Marokko, Uganda);
 - c) *oder* die Regierungen sind weder durch Wahlen legitimiert (blockierte Demokratien), noch durch entwicklungspolitische Leistungen: Es handelt sich um durch „Kleptokratien“ oder „Räuberstaaten“ heruntergewirtschaftete Volkswirtschaften (z.B. Kongo/Zaire; Kongo-Brazzaville, Simbabwe seit 1998, Guinea, Niger, Togo, Tschad, Eritrea).

Fragt man nach den Ursachen und Hintergründen für die starke Fragmentierung der politischen Landkarte Afrikas, so müssen die Antworten sowohl in den historischen Erblasten aus Sklavenhandel, Kolonialismus und Kalten-Kriegszeiten gesucht werden als auch in dem Verhalten der politisch tonangebenden Eliten, der zunächst zahlenmäßig kleinen *afrikanischen Staatsklasse*, die sich nolens volens an die verwestlichte Welt anpassen musste. Dabei entdeckte sie, welche wunderbare Dinge eine „souveräne“ Machtelite als Herren des Staates und der Staatseinnahmen ins Werk setzen konnte. Unkontrolliert von einer unbequemen Zivilgesellschaft (die bestehenden Ansätze dazu wurden von der Einheitspartei gleichgeschaltet) konnte sie der Versuchung meist nicht widerstehen, sich selbst maßlos zu privilegieren – auf Kosten der Entwicklungschancen der eigenen Bevölkerung. Warum sich aber die afrikanische Staatsklasse *cum grano salis* so entwicklungsresistent bzw. entwicklungs-schädlich und insofern im Gegensatz zu den postkolonialen Eliten Asiens eher *unpatriotisch* verhielt, ist noch immer ein wissenschaftlich erst ansatzweise aufgeklärtes Faktum. Vermutlich haben Jahrhunderte lange Unruhen und externe wie interne Gewaltakte durch Sklavenhandel und Kolonialismus das innere soziale Gefüge des Kontinents so nachhaltig erschüttert (Davidson 1992, Iliffe 2000, Ki-Zerbo 1982), dass heute den verwestlichten Eliten der künstlich und gewaltsam geschaffenen Staaten das

Vertrauen in die eigene Zukunft zu fehlen scheint: *brain drain* und Kapitalflucht in großem Stil weisen in diese Richtung. Mit Blick auf die lange unheilvolle Geschichte zwischen Europa und Afrika spricht der nigerianische Literaturnobelpreisträger *Wole Soyinka* vom „Verlust organischer Identitäten und deren kostspielige Konsequenzen“ (Soyinka 2001: 53).

Dazu hat sich *Ayodele Aderinwale*, der 1962 in Nigeria geborene Direktor des „Africa Leadership Forum“ wie folgt geäußert: „Wie in der Vergangenheit versuchen junge Afrikaner, den rauen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zu entkommen und sind bereit, überall anders als zu Hause zu leben, unter jeder Bedingung, bereit, die Demütigungen, Feindseligkeiten und Widerwärtigkeiten des Gastlandes zu ignorieren. Eine weitere Sklaverei hat begonnen. Dieses Mal bittet Afrika richtig darum, versklavt zu werden. Muss der Globalisierung die Schuld gegeben werden, oder sind mangelnde Managementfähigkeiten der Afrikaner dafür verantwortlich?“ (Aderinwale 2000: 251).

3. Der (postkoloniale) Staat als institutionelle Grundlage für Modernisierung und Zivilisierung

Die zwangsweise erfolgte Begegnung afrikanischer Völker mit der westlichen Moderne hat sowohl positive, zukunftsweisende Impulse vermittelt (Tropenmedizin, moderne Techniken, Missionsschulen etc.), als auch negative, ambivalente Institutionen wie z.B. Monokulturen, Feuerwaffen oder auch den *modernen bürokratischen Staat*, der von den bürokratischen Koloniaeuropäern als *Garnisons- und Kommandostaat* nach Afrika „importiert“ worden ist. Sein Zweck war die möglichst kostengünstige Verwaltung und Ausbeutung der „Eingeborenen“, aus denen mittels Zwangsarbeit und Schule „zivilisierte“ Menschen gemacht werden sollten. Mit Beginn der politischen Unabhängigkeit haben die afrikanischen Eliten diesen nützlichen Repressionsapparat übernommen und meist ihren eigenen partikulären Interessen dienstbar gemacht – auf Kosten der Entwicklungschancen der breiten Massen. So kam es zu dieser bezeichnenden Spaltung zwischen einer kleinen einheimischen Elite, die über die kolonialen Rohstoffe an die westliche Moderne (Weltmarkt) *selektiv angeschlossen* war, und der großen bäuerlichen und handwerklich arbeitenden Mehrheit, die den diversen Mechanismen *sozialer Exklusion* ausgeliefert war. Dieses dominante „cleavage“ ist von der in Berkeley lehrenden Soziologen *Manuel Castells* als das Spezifische an der jüngsten Ausdrucksform der afrikanischen Tragödie“ bezeichnet worden (Castells 2003: 131).

Dieses zentrale Cleavage zwischen angeschlossener urbaner Machtelite und marginalisierter ruraler Mehrheitsbevölkerung findet seine Entsprechung im Zwiespalt zwischen Politik und Gesellschaft und damit im Charakter des postkolonialen Staates als der zentralen Instanz für nachholende Entwicklung. In

seiner vergleichenden „Geschichte der Staatsgewalt“ hat der Freiburger Historiker *Wolfgang Reinhard* darauf hingewiesen, dass Afrika aus der Kolonialzeit Staatsverwaltungen übernommen hatte, die „erstens autoritär und zweitens schwach“ waren, dass es auf Grund der Kürze der Zeit (zehn Jahre!) nicht zu „festen politischen Verhaltensmustern der Bevölkerungsmehrheit“ kommen konnte und dass das Fehlen einer artikulationsfähigen Zivilgesellschaft sowie organisierter Interessengruppen das dauerhafte Funktionieren der aus Europa stammenden Staatsidee unwahrscheinlich machten (Reinhard 2000: 505-509). Insofern sei die hohe Zahl von Staatsverfallsländern und von Ländern, in denen die Staatsmacht zur Bereicherung und privaten Privilegierung der Staatsklasse verwendet wird – nach Reinhard der „weltgeschichtliche Normalfall“ (Reinhard 2000: 509) - nicht verwunderlich. Gleichwohl ist Staatsverfall und Staatszerfall in all seinen Übergangsformen eine elementare Gefahr für das *politisch-rechtliche Projekt der Moderne*, das sich seit der geistigen Verarbeitung der europäischen Bürgerkriege durch Philosophen wie Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Graf Montesquieu am *starken Staat* als legitimer Inhaber der Gewalt und Schützer von Leben und Eigentum orientiert. Mit kurzem Blick auf die lange Geschichte der europäischen Zivilisierung können wir – dabei auf Norbert Elias, Fernand Braudell, Berman, Dieter Senghaas, David Landes und Erfried Münkler verweisend – feststellen: Ohne starken Rechtsstaat (Leviathan) kein wirtschaftliches Wachstum unter Nutzung von moderner Wissenschaft und Technik, ohne prosperierende Marktwirtschaft im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit keine Zivilisierung von Gesellschaft, ohne staatliches Gewaltmonopol, Marktwirtschaft und bürgerliche Zivilgesellschaft weder Friede noch gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Es gibt keinen Grund – besonders nach dem Zusammenbruch alternativ konzipierter sozialistischer Gesellschaftsmodelle – an der prinzipiellen Gültigkeit dieser Entwicklungslehren – auch für Afrika - zu zweifeln (Menzel, 2000; Tetzlaff 2001), vor allem an der grundlegenden Bedeutung des starken Rechtsstaates als Grundlage für nachholende Modernisierung. Die Frage ist nur, wie wahrscheinlich das *Überleben des postkolonialen Staates* als Garant für die Fesselung der gesellschaftlichen Gewaltpotentiale auch in Afrika ist, wo doch Staatsmacht und Staatsgrenzen nicht auf heimatlichem Grund erkämpft worden sind und deshalb den Bewohnern oftmals als äußerlich, fremd und aufgesetzt erscheinen mussten (für Somalia etwa siehe die Dissertation von Maria Brons; Brons 2001).

4. Von außen herangetragene Modernisierung ohne interne gesamtgesellschaftliche Entwicklung: soziale Desintegrationserscheinungen und ihr kumulative Wirkung. Eine Bestandsaufnahme

Bevor im weiteren Verlauf dieses Beitrags nach den aktuellen Entwicklungstendenzen gefragt wird, soll in diesem Abschnitt ein Gesamtbild

des Kontinents unter dem Gesichtspunkt der Modernisierungsfähigkeit und Modernisierungsdefizite seiner Staaten und Ländergruppen präsentiert werden.

Neben den diversen Kriegen – antikolonialer Befreiungskrieg, Sezessionskrieg, Anti-Regime-Krieg und Bürgerkrieg – gibt es noch andere Formen struktureller Gewalt, die der Pazifizierung und Zivilisierung der afrikanischen Gesellschaften im Wege stehen: oberflächliche *Modernisierung ohne nachhaltige Entwicklung*. Trotz einzelner Entwicklungserfolge ist die große Transformation der einstigen Agrarkolonien in wettbewerbsfähige Teilnehmer an globalisierten Märkten ausgeblieben. Die sozio-ökonomische Modernisierung zeigt sich am Zuwachs moderner Bildung, von Urbanisierung und der Teilhabe von Ober- und Mittelschichten an globalisierten Konsumgütern und modernen Kommunikationsformen, von denen insgesamt eine enorme Faszination ausgeht. Den kolonialen Diskriminierungen gerade entronnen, möchte man – verständlicherweise - teilhaben an den Segnungen der globalisierten Moderne; nur fehlen den Gesellschaften die Mittel, um auf legalem Wege den erhofften, für „angemessen“ gehaltenen Lebensstil dauerhaft zu finanzieren. In dieser kritischen Situation hat die neue Staatsklasse in Afrika es vorgezogen, über Auslandskredite für konsumtive Zwecke und mit Entwicklungshilfeleistungen „Entwicklungsprojekte“ auf den Weg zu bringen, die eher kurzfristig politisch nützlich und angenehm (Korruption) als ökonomisch nachhaltig waren.

Die partielle Modernisierung ohne nachhaltige Entwicklung (mittels einer eigenen nationalen Unternehmerbourgeoisie) hat während der vier postkolonialen Entwicklungsdekaden in zahlreichen Ländern Afrikas südlich der Sahara *Desintegrationsprozesse* ausgelöst, die mit den Stichwörtern wachsende soziale Armut und politischer Staatszerfall, Machtrivalität zwischen ethnischen Gruppen, innerer Krieg und soziale Anomie angedeutet werden können und die die lokale Politik wie die Agenten der Weltpolitik vor nicht gekannte Herausforderungen stellen:

- Auf *wirtschaftlichem* Gebiet sind nur wenige Länder vorangekommen, weil Wirtschaftswachstum, Marktverflechtung und Steigerung der Geldeinkommen als Modi der sozialen Integration nur von schwacher Wirkung waren. Weil im allgemeinen die Transportkosten hoch, die Infrastruktur in schlechtem Zustand und bezüglich der Kommunikations- und Informationstechnologien unentwickelt (Internetanschlüsse!), weil das Bildungssystem nicht sehr leistungsstark und die Arbeitsproduktivität vergleichsweise niedrig ist, gehört Afrika zu den teuersten Produktionsstandorten der Welt (Kappel 1999). Die Massenarmut nimmt zu; die Lebenserwartung bei Geburt sinkt wieder (und liegt etwa 20 Jahre unter dem Durchschnittswert für EU-Europa) und die Arbeitslosigkeit steigt, vor allem bei den Jugendlichen in Stadt und Land. Denn es ist fast nirgends gelungen, die überkommenen Muster der kolonialwirtschaftlichen Arbeitsteilung durch weitsichtige staatliche

Regulierung zu durchbrechen (Afrika als Lieferant von tropischen Rohstoffen) und zu komplexeren Strukturen der Produktion (nach dem Vorbild der asiatischen Schwellenländer) aufzusteigen. Zu allem Überfluss ist mit der Pandemie *Aids* ein sozial wie wirtschaftlich sich verheerend auswirkender Krisenfaktor hinzugekommen, der Afrika als Anlageregion für in- und ausländische Direktinvestitionen weiter marginalisiert.

- Auf *politischem* Gebiet ist es – wie gesagt – nur einer kleinen Minderheit der 49 Staaten südlich der Sahara gelungen, ein *staatliches Gewaltmonopol* in der Gesellschaft ideell und real zu verankern, demokratische Entscheidungs- und Kontrollprozesse zu initiieren und ein transethnisches, politisches Zusammengehörigkeitsgefühl (im Sinne des angestrebten „*nation-building*“) hervorzubringen. Letzteres ist nötig, um im Innern auftauchende Konflikte friedlich und zivil lösen und um nach außen im Dialog mit externen Akteuren wie IWF, Weltbank, EU oder NATO-Regierungen genügend großen Selbstbehauptungswillen mobilisieren zu können. Etwa ein Dutzend Staaten ist zur Zeit (angeführt von Sudan, Äthiopien und Eritrea, Kongo/Zaire, Ruanda und Burundi, Angola, Sierra Leone und Liberia) durch Bürgerkrieg und seine Folgen, durch regional-kulturelle Sezessionsbestrebungen und chronische Militärputsche (Nigeria) so geschwächt, zerrissen und martialisch konstruiert, dass für eine Zivilgesellschaft kein politischer Platz besteht, um nachhaltig Bürgerinteressen und Menschenrechten zu ihrer Geltung zu verhelfen.
- Auf *kulturellem* Gebiet erleben wir in zunehmendem Maße die destruktive Seite der viel gepriesenen Vielfalt von Kultur und Religion, vor allem durch den Prozess der *Politisierung kultureller Differenzen*. Politisierte Ethnizität wie auch politisierte Religiosität werden von politischen Unternehmern zur Erreichung von partikularen Zielen der Vergrößerung von Macht und Reichtum eingesetzt, was nicht ohne die Pflege von „Feindbildern“ zur Mobilisierung der eigenen Anhänger und Einsparung von Kosten vonstatten geht. Die politisch akzentuierte Heterogenität der religiösen, ethnischen und regionalen Identitäten entpuppt sich häufig als Reaktion auf sozio-ökonomische Krisen und härter werdende Zuteilungs- und Verteilungskämpfe (um Boden, Wasser, Jobs und Macht), selbst wenn sie als blutige Stammeskämpfe von ethno-politischen oder religiösen „Wir“-Gruppen um reale und virtuelle *Grenzen und Privilegien* verschleiert werden. Dabei „zerbricht“ in Extremfällen – Sudan, Algerien, Ruanda, Kongo, Sierra Leone und Angola – mit der Entfesselung der anarchischen Gewalt „das Menschliche“ (Friedli 2002: 205-206). Castells spricht von der „*Entmenschlichung*“ Afrikas als eines Trends der Gegenwart (Castells 2003:).
- Auf dem Gebiet des *individuellen und korporativen Bewusstseins* bei politischen, administrativen und wirtschaftlichen Eliten in afrikanischen

Ländern ist seit zwanzig Jahren schon eine Tendenz zur Ablenkung von internen Schwierigkeiten (Politik- und Marktversagen) durch diverse kontraproduktive Hindernisse zu beobachten: Der Kolonialismus hatte das Selbstbewusstsein der afrikanischen Kollektive (Völker, Ethnien) mittels Diskriminierung oder schlichte Negation ihrer kulturellen „belief systems“ stark erschüttert, - ein Auflösungsprozess, der ungewollt durch westliche und östliche Entwicklungshilfe fortgesetzt und verstärkt worden ist: Afrikanische Zielgruppen und politische *Counterparts* sind stets als passiv gemachte Befehls- und Ratschlagsempfänger angesprochen und instrumentalisiert worden, was ihre Kräfte der Selbstbehauptung und der *Self-Reliance* (des-Sich-Verlassens-auf-die-eigenen-Kräfte) eher geschwächt haben dürfte. Zur Kapitalflucht der wenigen reichen und einflussreichen Repräsentanten der afrikanischen Oberschicht gesellt sich die legale und illegale Flucht des „human capital“ – der „*brain drain*“ nach Europa und Nordamerika.

Was die Sache besonders explosiv macht, ist die wechselseitige Verstärkung dieser Desintegrationsprozesse zu einer sozio-ökonomischen Abwärtsspirale: Weil der Staat arm, verschuldet und korrupt ist und den Wählern kaum noch Dienstleistungen anbieten kann, emigrieren die „Professionals“ und die ehrgeizigsten Talente, oder die Menschen suchen sich in ihrem Überlebenskampf auf privaten Gewaltmärkten „Sicherheit“, was die soziale Desintegration der Gesellschaft bescheinigt und private Dienstleister aller Art (einschließlich „*war lords*“, Sektenführern, Heilern und Predigern) auf den Plan ruft und prämiiert. Noch von staatlicher Souveränität zu sprechen (die künstlich und gewaltsam von außen während der Kolonialzeit implantiert worden war), ist anachronistisch geworden: Wir können höchstens noch von Rumpfstaaen oder von segmentären Kernbereichen nur noch völkerrechtlich bestehender Nationalstaaten sprechen. Daher ist es in Hinblick auf die Krisenregionen des Kontinents korrekter, statt von Staatszerfall von *Staats- und Zivilisationsverfall* zu sprechen, weil Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in einem synchronen Prozess der *institutionellen Desintegration* existieren und gewalttätige Räume jenseits zivilisierender Wirkungen von Staat und Zivilgesellschaft zu kriminellen Formen der Reproduktion einladen. Lässt sich dieser Prozess aufhalten?

5. Die ersten Staatszusammenbrüche in Liberia und Sierra Leone – die Geburt der Vierten Welt als Opfer der sozialen Exklusion

An einem Beispiel soll dieser Zusammenhang von Wirtschaftskrise, Staatszerfall und gesellschaftlicher Entzivilisierung illustriert – und damit zugleich die Geburt der *Vierten Welt* geschildert werden – des Ensembles von Menschen, die Opfer sozialer Exklusion in den „abgeschalteten“ Regionen und Ländern geworden sind (Castells 2003: 387). Sie leben jenseits der

Wirkungsmacht des bürokratischen „Leviathan“ (Hobbes Metapher für den modernen starken Staat) mit Staatspolizei und nationaler Armee, - der natürliche Ort also, wo der Mensch dem Menschen zum Wolf wird.

Mit dem Staatszerfall von *Liberia* (der Staatsgründung durch repatriierte Sklaven aus Nordamerika) und dem Nachbarstaat „*Sierra Leone*“ in den 1980er Jahren begann die Kette von Staatszerfallsprozessen in Afrika. In Liberia hatten 160 Jahre lang, bis 1980, die kleine, aber privilegierte Schicht der Ameriko-Liberianer das Land beherrscht und ausgebeutet. Die große Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Land und war von jeglicher Beteiligung am politischen Leben ausgeschlossen. Im Jahr 1980 war die demokratische Oppositionsbewegung, nicht zuletzt auf grund des modernen Bildungswesens und der Entstehung von Gewerkschaften, stark genug geworden, um freie Wahlen durchzusetzen. Doch dieses erste Demokratieexperiment scheiterte: *Samuel Doe* – als politischer Sprecher einer kleinen Ethnie, der Krahn (ca. 5% der Bevölkerung) – ließ die Wahlen auf dem Wege eines Militärputsches abbrechen, etablierte eine zehnjährige Militärherrschaft, die er zur Selbstbereicherung für sich und seine „*extended family*“ unter Schürung ethnischer Spannungen und Konflikte mit Nachbarstaaten nutzte. Aus strategischen Gründen unterstützten die USA die Regierung Doe und die liberianische Armee „mit weit über 500 Millionen Dollar Entwicklungs- und Militärhilfe“ und haben damit „zum Machterhalt und der Unterdrückung fast der gesamten Bevölkerung beigetragen“ (Kappel/Korte 1992: 321).

Die brutale Ethno-Diktatur Does provozierte mehrfache Gegenwehr; Doe wurde schließlich von einer Rebellengruppe in der Hauptstadt Monrovia gestürzt und auf grausame Weise zu Tode gefoltert. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS beschloss nun, dem Zerfall des Staates Liberia mit einer „Friedenstruppe“ Einhalt zu gebieten und so einer Destabilisierung anderer westafrikanischer Länder zuvorzukommen. Aber vor allem *war lord Charles Taylor*, der erfolgreichste der Rebellenchefs, weigerte sich, am Runden Tisch der ECOWAS teilzunehmen, weil er sich dadurch um die Früchte des „totalen Erfolgs“ gebracht sah (da die ECOWAS den konkurrierenden *war lord Prince Johnson* unterstützte). So verkam der Kampf um Liberia „zu einem Machtpoker liberianischer Politiker und selbsternannter Befreier und zu einem Stellvertreterkrieg, in dem sich vor allem Nigeria, die Elfenbeinküste und im Hintergrund die USA und vielleicht auch Frankreich betätigten“ (Kappel/Korte 1992: 323). Schließlich konnte sich Taylor – nachdem die Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört war - als Zentralherr durchsetzen; er konnte die Hauptstadt erobern. Später ließ er sich von einer kriegsmüden Gesellschaft zum Staatspräsidenten wählen, - eine Funktion, die es ihm erleichtert, wie zuvor als wilder Räuberbaron die natürlichen Reichtümer des Landes (Diamanten, Edelhölzer) zu verhökern.

Der Reisende *Robert Kaplan* fühlte sich beim Anblick des zerstörten Landes Anfang der 90er Jahre „an die Stammeskriege im feudalen Europa“ erinnert, „bevor der Westfälische Friede das Zeitalter organisierter Staaten einläutete. Es kam mir zum erstenmal der Gedanke, dass mit dem Zerfall der Staaten auch die Unterschiede zwischen Soldaten und Zivilisten sowie Armeen und Verbrecherbanden immer geringer wurden; dass Umfang und Intensität der Grausamkeiten, die die Konflikte in der Dritten Welt während des Kalten Krieges kennzeichneten, nur bis zu einem gewissen Grade mit der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten zusammenhingen. Diese ‚kleinen Feuer‘ waren nicht bloß Nebenschauplätze des Kalten Krieges; sie waren Vorboten der Zeit nach dem Kalten Krieg, die vieles von dem vorwegnahmen, was sich heute in Bosnien, im Kaukasus, in Somalia, Liberia, Kaschmir, Sierra Leone und anderswo abspielt“ (Kaplan 1996: 57-58).

Der Staatszerfall Liberias war auf das Engste - und ist es bis heute - mit dem Zerfall Sierra Leones, des kleinen Nachbarstaates, verbunden – einst eine britische Kolonie. Im Jahr 1967 hatte *Siaka Stevens*, Führer des All People's Congress, (einer Parteiorganisation der Temne und Limba, den im Norden ansässigen Ethnien) die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Es folgten 17 Jahre der präsidentiellen Einparteidiktatur Stevens – „seventeen-year plague of locusts“ (Hirsch 2001: 29), und – nach einem Zwischenspiel unter General Momoh, dessen Korruptionspolitik die Staatsimplosion vollende - stürzte 1992 ein Putsch unzufriedener junger Offiziere unter dem 27-jährigen *Valentine Strasser* die Regierung. Dieser wurde Unfähigkeit vorgeworfen, die Rebellenorganisation „Revolutionary United Front“ (RUF) unter ihrem Anführer Foday Sankoh (der zusammen mit Charles Taylor bei Ghadafi eine militärische Ausbildung absolviert hatte) endgültig niederzuwerfen – eine Aufgabe, an der in Zukunft alle anderen Machtfraktionen Sierra Leones ebenfalls scheitern sollten. Mit unvorstellbarer Grausamkeit haben hier Rebellenorganisationen, Milizen und Gangs das politische Vakuum genützt, das durch den Staatszerfall entstanden war, um zu rauben, zu plündern, zu verstümmeln.

Doch weder Strasser, noch der 1996 demokratisch gewählte Präsident (Ahmed Tejan Kabbah) waren seitdem in der Lage, das Gewaltmonopol des Staates wieder herzustellen. In den Hohlräumen staatlicher Macht nisteten sich Banden und Rebellen ein, dabei die Zivilbevölkerung und als „Feinde“ wahrgenommene Ethnien aufs Grausamste behandelnd. Mit der staatlichen Ausplünderung hatte die Tragödie angefangen: In der Hauptstadt Freetown gab es schon Ende der 1980er Jahre einen akuten Mangel an Geld, Gas und Elektrizität. Ausbleibende Bezahlung von Staatsbediensteten hatte zur Folge, dass diese ihre Büros plünderten, um ihre Familien zu ernähren und dass Lehrer Schulgeld erhoben, welches jedoch nur in seltenen Fällen von den Familien aufgebracht werden konnte. So ist auch das Heranwachsen einer Generation von Straßenkindern zu

erklären, die sich ohne Schulabschluss und ökonomische Perspektiven schnell in einen Teufelskreislauf von Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Drogenabhängigkeit und Kriminalität wiederfanden. Aus diesen Reihen bekam die Rebellentruppe RUF starken Zulauf (Reno 2000). Der Krieg hat seit 1991 mindestens 50.000 Todesopfer gefordert, ca. 100.000 Menschen durch Verstümmelungen brutalster Art zu Krüppeln gemacht und insgesamt zu miserablen Lebensbedingungen geführt (Afrika-Jahrbuch 2001, Hamburg).

In seinen „*Reisen an die Grenzen der Menschheit*“ kommentierte Robert Kaplan dazu: „Sierra Leone verkündete die schreckliche Botschaft vom Ende der verlorenen Schlacht. Einer Schlacht, die vom liberalen Westen tapfer gefochten wurde, um die Kulturen der Welt aneinander anzugleichen. Die Unterschiede zwischen den Kulturen scheinen jedoch zu wachsen statt kleiner zu werden“ (Kaplan 1996: 67). Für ihn war dieses Westafrika „ein sterbendes Glied der Menschheit“ geworden: „Es war vom Blutkreislauf der Zivilisationen abgetrennt“ (Kaplan 1996: 59). Seitdem haben sich – trotz zahlreicher Bemühungen der OAU, der UNO und einiger EU-Staaten die Verhältnisse im westafrikanischen Krisengürtel (Sierra Leone, Liberia, Guinea, Guinea-Bissau, Gambia, südliches Senegal und seit 1999 auch Elfenbeinküste) nicht wieder stabilisieren lassen.

Gleichzeitig sind in den Nachbarländern Ghana, Benin und Mali beachtliche Demokratisierungs- und Entwicklungserfolge unter Armutbedingungen erkämpft wurden, wenn auch nicht davon die Rede sein kann, dass hier schon dauerhafte Durchbrüche zu Entwicklung, Demokratie und friedlicher ziviler Streitkultur gelungen seien. Die *Konsolidierung* der demokratischen Musterländer Afrikas liegt noch in weiter Ferne. Die Elfenbeinküste beispielsweise war noch bis 1999 stets zu den hoffnungsvollen Ländern gezählt worden; ein Spar- und Verteilungskonflikt des Kabinetts, der in einen ethnisch-religiös aufgeladenen Krisenzeit zu einem Macht- und Selbstbehauptungskampf zwischen Nord- und Südbevölkerung eskalierte – angeheizt durch Ausweisungsbefehle und Pogrome gegen muslimische Gastarbeiter aus nördlichen Nachbarstaaten -, genügte, um das lange Zeit als stabil gelobte Land 2002 an den Rand des ökonomischen Ruins und eines Bürgerkrieges zu bringen.

Ein festes Muster, nachdem sich (eigentlich ganz normale) politische Verteilungsentscheidungen einer Regierung, allerdings unter Stressbedingungen (starkes Bevölkerungswachstum, Wirtschaftskrise, Struktur-anpassungsprogramme von Weltbank und IWF, steigende Arbeitslosigkeit), in ethnisch-kulturell drapierte Macht- und Identitätskonflikte übersetzen und so gewaltsam eskalieren, ist sicherlich im Afrika der 90er Jahre nicht vorhanden oder noch nicht erkennbar; aber immerhin lässt sich folgendes feststellen: Wenn erst einmal im Rahmen von demokratischen Wahlkämpfen zwischen politischen Parteien der Kampf um die Macht legal entbrannt ist, dann bedarf es zuvor eines

nationalen Kitts, der die Gesellschaft auch unter Stress zusammenhält. Ist dieses Vertrauen in die Spielregeln einer politischen Gesellschaft erst einmal durch leichtsinnige oder kriminelle Handlungsweisen einer Regierung zu Gunsten einer Ethnie (und auf Kosten all der anderen) verspielt, dann scheint es fast aussichtslos zu sein, das ererbte und völkerrechtlich garantierte *Gewalt- und Rechtsmonopol einer politischen Zentralinstanz* wieder aufzurichten. Man kann es auch so formulieren: Demokratischer Wettbewerb der politischen Parteien bedarf einer *sozio-kulturellen Infrastruktur* – entweder einer allseits akzeptierte Verfassung für eine demokratische Gesellschaften oder informelle, aber verbindliche Einigung auf einen Konsens, wie die Verlierer von Wahlen zu handeln haben und was Gewinner wie Verlierer im langfristigen Interesse der Gemeinwohls zu tun und zu unterlassen haben. Und dieser vordemokratische Konsens zwischen konfliktfähigen Gruppen ist oftmals noch nicht erarbeitet worden, so dass der von der internationalen Staatengemeinschaft eingeforderte demokratische Wettbewerb zwischen Pseudo-Parteien (hinter denen sich oftmals nur machthungrige Cliques verbargen) zu früh kam.

6. Weder kulturelle Vielfalt, noch gemeinsame kulturelle Eigentümlichkeiten sind hinreichende Bedingungen für Zivilisiertheit : die Krux mit dem „rent-seeking“

Um die „afrikanische Krise“ zu erklären - für die ein hoher Anteil an menschlichem Versagen auf oberster Regierungs- und Verwaltungsebene typisch zu sein scheint, mit einem modischen Wort „*bad governance*“ – soll im folgenden die Frage diskutiert werden, ob möglicherweise entwicklungshemmende politische Verhaltensweisen in kulturellen Traditionen oder Dispositionen wurzeln, die es den Eliten schwer machen, die Chancen von Modernisierung und Globalisierung zum Vorteil ihrer Völker zu nutzen.

Auch im Bereich der alltagsbestimmenden Normen und Werte gibt es in den diversen Völkern und Kulturen Afrikas eine reiche Fülle von Ge- und Verboten, von Tabus und Riten, und niemand käme auf die Idee, eine für ganz Afrika gültige Ethik – eine „*afrikanische Ethik*“, etwa analog zur „*konfuzianischen Ethik*“ – formulieren zu wollen. Aber nach dem Selbstverständnis afrikanischer Wissenschaftler gibt es doch bei aller „Pluralität der anthropologisch, religiös und rechtlich geprägten Ausdrucksformen“ des Lebens unter anderem *drei Eigentümlichkeiten*, die den meisten Völkern von der Tradition her eigen zu sein scheinen (Bidima 2001: 159):

- Erstens eine „personalistische Ethik oder das Privileg der Relation“: Die engen Verbindungen des Menschen zu anderen Menschen, zu Verwandten, Freunden, Altersklassen und zu Gruppen- und Kastenangehörigen werden überall als hoher Wert begriffen, angeblich mehr als Besitz und Eigentum. Dabei kann Ungleichheit (z.B. zwischen Kastenangehörigen oder zwischen Mann und Frau) legitimiert werden.

- Zweitens ist die Ethik stark „hedonistisch“, ohne Schuldzuweisungen beim Genuss von Lust, solange Tabus und Regeln eingehalten werden. Lust- und Leistungsprinzip – so kann man vielleicht formulieren - sind von prinzipiell gleicher Bedeutung.
- Drittens ist die afrikanische Ethik mit ihren drei „häufig gebrauchten Kategorien“ Verantwortung, Gerechtigkeit und Sühne „*mutualistisch*“ – d.h. auf Gegenseitigkeit gegründet. Bei einem Verbrechen z.B. wird nicht nur das individuelle Subjekt verantwortlich gemacht, sondern die Gruppe oder Altersklasse des Rechtsverletzers. Gerechtigkeit hat nicht abstrakte Wahrheitsfindung zum Ziel, sondern Wiederherstellung des Friedens in der Gemeinschaft. Bestraft wird je nach Verletzung der symbolischen Ordnung. „Die allzu grobe Wahrheit, die das soziale Band zu zerreißen droht, wird versteckt.“ (Bidima 2001: 159).

Bei näherer Betrachtung wird man zu der Einsicht gelangen können, dass hier Besonderheiten gebräuchlich geworden sind, die zum einen eine funktionale Bedeutung für *vormoderne Agrargesellschaften* haben oder gehabt haben, und die zum anderen teilweise im Widerspruch zu dem egalitären, unpersönlichen Rechtsverständnis der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft westlichen Typs stehen – also zu dem, was Max Weber mit dem Prozess der Rationalisierung im westlichen Kulturkreis analysiert hatte. Freilich soll das nicht bedeuten, dass sich im Prozess der Modernisierung nicht auch in Afrika – wie bislang in allen Modernisierungsgesellschaften – alte Traditionen abschleifen und neue „rationalere“ Verhaltensweisen und Ideologien aus funktionaler Notwendigkeit hinzugelert werden können, so dass für eine Übergangszeit (von schwer einschätzbarer Dauer) mit synkretistischen Mischformen des sozialen Verhaltens gerechnet werden muss – oder anders gesagt, mit *Hybridbildungen* aus fremden und einheimischen Institutionen und Werten. Deren Ergebnis ist allerdings offen: Im universellen Prozess der *kulturellen Siebung von Fremdeinflüssen* kann es auch in Afrika eine gelungene Akkulturation geben, oder aber eine strukturelle Heterogenität auf Dauer (die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen) oder – am Bedrohlichsten – Formen der politischen Auflösung, der sozialen Anomie (s.u.) und der fundamentalistischen Abkehr sowohl von universellen Menschenrechten als auch von vorübergehend erzielten Hybridbildungen.

In dieser Hinsicht war für die Entwicklung Afrikas typisch, dass nicht ausländische Geschäftsleute mit großen Investitionen nationale Märkte aufbauten und dafür afrikanische Juniorpartner brauchten und förderten, sondern dass ausländische Entwicklungsplaner und Entwicklungshelfer die politische Szene bestimmten, neben einigen Transnationalen Unternehmen (TNU), die sich klassischerweise im Bergbau-, Plantagen- und Handelsbereich tummelten (bis sie von der Afrikanisierung verdrängt wurden). Signifikant ist die Tatsache, dass in den 90er Jahren jährlich nur 3 Mrd. US-Dollar an ausländischen

Direktinvestitionen nach Afrika südlich der Sahara kamen, aber sechsmal soviel ausländische Entwicklungshilfe „*Official Development Aid*“ (ODA, nämlich 18 Milliarden US-Dollar jährlich (im Zeitraum 1990-1997; nach Kappel 1999). In den Jahren 1993 bis 1997 erhielt Subsahara-Afrika insgesamt 86,5 Milliarden US-Dollar an ODA-Mitteln, und im selben Zeitraum flossen nur 9,5 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen in diese Region – also noch ein Zehntel (Grimm 2003: 121)).

Man hat diesen Zufluss externer Finanzmittel seitens ausländischer befreundeter Regierungen während des Kalten Krieges und danach als „*Renten*“ bezeichnet, d.h. als Transfers von Zahlungen, auf die die Empfänger im Laufe der Zeit meinten, einen Anspruch zu haben. So entstand nicht selten bei Staatsklassen eine „*rent-seeking mentality*“, die dazu verleitete, gemäß der Logik des Neo-Patrimonialismus vom großen Patron in Übersee (dem einstigen kolonialen Mutterland) besondere materielle Zuwendungen und politisches Verständnis für alle finanziellen und menschenrechtlichen „Unregelmäßigkeiten“ zu erwarten. Statt eine „*profit-seeking society*“ mittels intelligenter Interventionen in den Markt und mittels staatlicher Anreize für einheimische nationale Unternehmer zu fördern, um so zielstrebig eine international wettbewerbsfähige Volkswirtschaft aufzubauen (wie es in Südkorea, Taiwan und anderen asiatischen Tigerstaaten geglückt ist), hat die Sucht nach ODA-Renten und Auslandskrediten die afrikanischen Gesellschaften hochgradig außenabhängig gemacht. Bezeichnet man ein Entwicklungsland dann als „*hilfsabhängig*“, wenn die Hilfszahlungen aus dem Ausland jährlich mehr als zehn Prozent seines Bruttosozialprodukts ausmachen, so hatten in den 70er Jahren 17 Staaten diesen dubios-gefährlichen Status erreicht, in den 80er Jahren waren es 25 und im Zeitraum 1990-1997 waren es dann 31 (von 49). Nur zwei Staaten – der Diamanten-Staat Botswana und das Ferienparadies Seychellen – konnten sich im gesamten Zeitraum aus der materiellen Auslandsabhängigkeit befreien (Grimm 2003: 121). Der große Nachteil von „*rent-seeking societies*“ besteht darin, dass die politischen Funktionäre verleitet werden, möglicherweise unangenehme, aber notwendige Reformen im Wirtschafts- und Verwaltungssystem zu vertagen und so entstandene Haushaltslöcher durch neue Renteneinnahmen zu stopfen. Insgesamt wird eher eine konsumtive Haltung gefördert und prämiert als eine produktive.

In die gleiche Richtung weist eine Haushalts- und Steuerpolitik, die die landwirtschaftlichen Produkte intern hoch besteuert, um der städtischen Bevölkerung Lebensmittel zu niedrigen preisen anbieten zu können. Dieser „*urban bias*“ – also Schlagseite zugunsten der Städte, in denen die Staatsklasse lebt und ihre potentiellen Herausforderer –, der diejenigen Erwerbsschichten fiskalisch bestraft, die Waren erzeugen und politisch nicht als Lobby oder Interessenpartei organisiert sind, entspricht der Herrschaftslogik der Staatsklasse. Diese ist vor allem daran interessiert, an der Macht zu bleiben und

die Stadtbevölkerung politisch bei Laune zu halten; denn wenn es irgendwo zu politischen Tumulten kommt, sind es die Städte mit ihren wachsenden Arbeiter- und Elendsviertel.

Strukturen und Verhaltensweisen wie Neo-patrimonialismus, „*weak states*“, fragiles „*nation-building*“, „*rent-seeking*“ und „*urban bias*“ der Staatsklasse zusammengenommen machen einen kulturellen Boden aus, der ganz gut erklären kann, weshalb die hierauf sozialisierten Eliten nicht allzu geeignet erscheinen, den harten, emotionslosen Wettbewerb auf internationalisierten Märkten mit „*global players*“ erfolgreich zu bestehen. Dazu kommt ein weiterer, ganz wesentlicher Störfaktor: *politisierte Ethnizität*.

7. Politisierte Ethnizität und Gewalteskalation –

Wer oder was entscheidet, welche Richtung eine postkoloniale Gesellschaft in Afrika einschlägt – zur parasitären Staatsklassengesellschaft mit einem autokratischen Patron an der Spitze oder zum demokratisch-pluralistischen Entwicklungsstaat? Es sind wohl vor allem zwei Faktoren: Die (zufällige?) Qualität der politischen Führung im Anfangsstadium des „*nation-building*“, und das Vorhandensein von natürlichen Reichtümern und den darauf aufbauenden Stand der Produktivkraftentwicklung. Die Studien über „Kultur und Macht“ von *Ernest Gellner* z. B. haben gezeigt, dass *Industrialisierung* mit ihrer auflösenden Wirkung auf Agrargemeinden (in Europa) den Nationalismus (als Ersatz für ethnisch geprägte Identitäten) hervorgebracht hat. Er definierte, *Nationalismus* als Kitt der Gesellschaft entstehe dort, „wo sich eine Gesellschaft die Sprache einer Gemeinschaft aneignet; das heißt, eine sozial mobile, anonyme Gesellschaft tut plötzlich so, als sei sie eine nach außen geschlossene traute Gemeinschaft“ (Gellner 1999: 123). In Afrika mit seiner starken agrarwirtschaftlichen Struktur sind wir auch mit „nationalistischen“ Ideologien konfrontiert worden, sie sind hier aber nicht Produkt einer nachhaltigen Industrialisierung, sondern eher politische Konstrukte von kollektiver Identität, die partikulare Herrschaft (einer ethnischen oder politischen Minderheit) ohne fairen Wettbewerb durch Wahlen absichern und legitimieren soll. *Politisierte Ethnizität* scheint vielerorts brüchig gewordene Nationalismus-Ideologien zu verdrängen bzw. zu ersetzen.

Die Erfahrung lehrt, dass nicht jede kulturelle Erscheinungsweise einen konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der für die meisten afrikanische Gesellschaften typischen Koexistenz heterogener Kulturen ist. Vielleicht lässt sich allgemein argumentieren, dass kulturelle und religiöse Vielfalt nur dann als ein praxisrelevanter Wert (auf dem Weg zu einem Weltethos) zu begrüßen ist, wenn damit verschiedene Ausdrucksformen sozialer Existenz gemeint sind, die die Würde jedes einzelnen Menschen und sein unverfügbares Menschenrecht auf Selbstbestimmung nicht prinzipiell unterhöheln, sondern respektieren und

schützen. Es gibt bis heute Traditionen und kulturelle Werte (nicht nur in Afrika), die solche *menschenrechtlichen Minima* unterlaufen. Hinzuweisen ist hier z.B. auf die rituelle Verstümmelung von Menschen; die Hinrichtung von (muslimischen) Apostaten (Khoury 2001: 123); die Versklavung von Gefangenen, die Verhexung (Vergiftung) von Konkurrenten, die erzwungene Kinderehe oder auf die Steinigung von Ehebrecherinnen. Dabei handelt es sich um Verhaltensweisen, die – in welchem historischen Kontext auch immer entstanden - nicht unter „kulturelle Vielfalt“ als „kulturelles Kapital“ im Bourdieuschen Sinne, als Positivum, einer Gesellschaft verbucht werden können. Der prinzipielle Anspruch auf die Gleichheit und Freiheit aller Menschen (vor dem weltlichen Recht) kann nicht aufgegeben werden; an solchen „notstandsfesten Menschenrechten“ mit universeller Gültigkeit (Pape 1997) findet auch die größtmögliche interkulturelle Toleranz ihre Grenze.

Im heute ethisch und pragmatisch gebotenen Bestreben, eher das Gemeinsame der Kulturkreise zu suchen als stets das Trennende zu betonen – was namentlich im Dialog zwischen Christentum und Islam gebräuchlich war (Khoury 2001, Müller 2002) -, sollte man sich bei solchen anstößigen Differenzen immer fragen, ob sie eher unbedeutende kulturelle Randerscheinungen darstellen, oder aber *strukturbildend* sind. In diesem Sinne geschichtsmächtig (strukturbildend) sind in Afrika nicht einzelne menschenrechtliche Verfehlungen (so verheerend diese auch für die betreffenden Opfer sein können), sondern *drei kollektive Verhaltensweisen*, in denen politische Ziele von Minderheiten mit außerpolitischen kulturellen Ressourcen breiter Bevölkerungsteile manipulativ (über die Schaffung und „Kultivierung“ von Feindbildern) und gewaltsam erreicht werden sollen:

- Mobilisierung *kultureller Feindbilder* und damit „legitimierter“ *ethnischer Gewalt* zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen bis hin zum Genozid (z.B. Ruanda, Burundi, Kongo/Zaire);
- Instrumentalisierung militanter *religiöser* Intoleranz und religiös fundierter Herrschaftsansprüche über „Ungläubige“, wobei es in der Regel – neben Identitätsfragen – auch um Land (Nordnigeria), Erdölrevenue (Algerien) und Staatsmacht (Sudan, Algerien) gehen kann;
- Stimulierung ethno-nationalistischer (und chauvinistischer) Emotionen und daraus abgeleiteter terroristischer Aggressionen gegen Konkurrenten und ethnisch-kulturelle Minderheiten zur Konsolidierung oder Erweiterung eigener Ansprüche auf Macht, Herrschaft, „geheiligte Erde“ oder auf kulturell-religiöse Geltung (Äthiopien, Eritrea, Somalia, Sierra Leone, Liberia).

Im konkreten Einzelfall können alle drei Erscheinungsformen *außerrechtlicher* Gewaltanwendung zusammenwirken, gemeinsam ist ihnen die *Inhumanisierung* des Konkurrenten oder Gegners, d.h. seine Transformation in den Köpfen der Täter zu Existenzen minderer Daseinsberechtigung.

8. Die Politisierung der kulturellen Differenz bis zu Völkermord und Dauerkrieg: Ruanda und Sudan

Über die Ursachen von Kriegen in Afrika und über die Gründe für die lange Dauer einiger Kriege (fünfzig Jahre im Sudan (mit 11-jähriger Pause), vierzig Jahre in Angola etc.) ist viel spekuliert worden. Genauer wissen wir (noch) nicht, aber unter Hinweis auf die hohe Korrelation zwischen lukrativen Rohstoffvorkommen und militanten Konflikten in einem wirtschaftlich heruntergewirtschafteten Land, kann man (unter Einbeziehung der Forschung von *Paul Collier*, Chefökonom der Weltbank) schlussfolgern, dass die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen steigt, „je höher der Primärgutanteil an den Gesamtexporten eines Landes ist, je geringer die Bildung, je höher der Anteil junger Männer an der Bevölkerung und je heftiger der Niedergang der Volkswirtschaften sind“ (Mair 2002a: 10). Die Dominanz sozioökonomischer Erklärungsvariablen gegenüber politischen – also *greed* steht über *grievance* – begründete Collier mit dem klassischen Trittbrettfahrer-Problem: Rebellengruppen, die ausschließlich politische Ziele verfolgen würden, könnten den Nutzen eines Erfolges nicht allein auf ihre Kämpfer beschränken. Damit sei eine Nichtbeteiligung am bewaffneten Kampf für die Mehrheit der Bevölkerung unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten rational. Stünden jedoch wirtschaftliche Ziele des Überlebens und der Selbstbereicherung im Vordergrund – vielleicht garniert mit visionären Versprechungen eines charismatischen Führers auf ein besseres Leben in Zukunft – „sei der Nutzen des bewaffneten Kampfes sehr wohl auf seine Aktivisten beschränkbar“ (ebd.).

In vielen Fällen ist eine Verschränkung beider Ursachen – „*greed*“ und „*grievance*“ - wahrscheinlich: Das Politikversagen eines Regimes erzeugt Unzufriedenheit, Frustration und eskaliert schließlich in gewaltsamen Kampf um die materielle Besserstellung wenigstens der eigenen „Wir“-Gruppe, wobei dann häufig eine Gewöhnung an den Zustand des Kriegsführens einsetzt. Rebellengruppen (wie Savimbis UNITA in Angola, Garangs SPLA im Sudan, die RUF in Sierra Leone etc.) leben vom Krieg besser als ihre Aussichten in Friedenszeiten wären. Dann entfällt für sie ein rationaler Grund, sich ernsthaft auf Friedensgespräche einzulassen: man kämpft bis zur Erschöpfung oder dem Tod des „war lords“, dabei nicht enden wollendes Flüchtlingselend hervorbringend.

Die Tragödie des Ethnozids in Ruanda im Jahr 1994 hat gelehrt, dass auch das Gegenteil von kultureller Vielfalt – nämlich *kulturelle Homogenität* – unter materiellen Stressbedingungen zum Zusammenbruch ethischer Normen bis hin zur mörderischen Raserei führen kann, bzw. diesen nicht verhindern kann. Mit etwa 800.000 Tausend getöteten Nachbarn (von der Minderheits-Ethnie der Tutsi) in etwa drei Monaten haben organisierte Hutu-Milizen in *Ruanda* im Jahr 1994

eine Sprengung aller bisher in Afrika bekannten Verhaltensnormen vorgenommen. Das Hauptmotiv der mörderischen Täter scheint – außer der Machtfrage auf Seiten der politischen Elite - die existentielle Befürchtung der aufgehetzten Bauernbevölkerung bezüglich des bevorstehenden „Raubs“ ihres Landes durch die aus dem Exil zurückkehrenden Tutsis gewesen zu sein. Das Erschreckende an diesem Fall – dem afrikanischen Holocaust – sind zwei Dinge: zum einen die Tatsache, dass Tutsi und Hutus dieselbe Sprache sprechen, dass beide Volksgruppen Bauern und Hirten mit traditionell *komplementären* Interessen sind und beide von der extremen Überbevölkerung bzw. der Landknappheit geplagt waren (ein durchschnittliches katholisches Bauern-Ehepaar hatte für ihre sechs bis neun Kinder kein Land mehr zu verteilen!) und dass beide auch nicht durch unterschiedliche Glaubensbekenntnisse getrennt sind (alle sind überwiegend katholisch). Zum anderen ist die Tatsache besorgniserregend, dass seitdem das Morden zwischen den verfeindeten Brüdern auch jenseits der Staatsgrenzen bis heute weitergeht und eine Versöhnung zwischen beiden Parteien nicht möglich erscheint, da sich beide Seiten des Grabens jeweils im Recht fühlen (Tull 2001). Ohne Vermittlung der internationalen Gemeinschaft ist ein Strukturkonflikt dieser Art, in dem konstruierte Identitäten mit konkreten Interessen am Überleben der jeweiligen „Wir“-Gruppen unheilvoll verschmolzen sind, nicht lösbar.

Dasselbe gilt für den anderen afrikanischen Sündenfall – den fast 50-jährigen Krieg im *Sudan*. Angefangen hatte er 1955 als ein harmlos scheinender Interessenskonflikt über die „gerechte“ Verteilung von Posten im Zuge der Afrikanisierung zwischen Nord- und Südsudanese; er eskalierte dann im Laufe der Jahre zu einem militant ausgetragenen Machtkonflikt um die politische Einheit des Landes, dabei wurden vorhandene Unterschiede in Herkunft, Kultur und Glauben politisch akzentuiert. Denn beide Konfliktparteien – die arabisch-muslimischen Regierungen im Norden wie die afrikanischen Guerillakämpfer im christlich-animistischen Süden – konnten so ihre „gerechten“ Ansprüche besser legitimieren und leichter Anhänger mobilisieren. Im Laufe des Krieges, der immer mehr Ressourcen verschlang, wurde aus einem partiellen Allokationskonflikt ein Kampf um nationale Selbstbestimmung und kulturelle Autonomie, der 1972 noch vorübergehend durch einen Verfassungskompromiss (eine föderale Verfassung und kulturelle Autonomie des Südsudans versprechend) gelöst werden konnte. Nach einem leichtfertigen Verfassungsbruch durch den Schöpfer dieses Kompromisses – Präsident Jafar Numeiri im Jahr 1983, – eskalierte der Krieg erneut, in dem sich ein Offizier der Nationalarmee – Oberst Joseph Garang - auf die Seiten der Rebellen im Süden schlug. Als dann später das islamische Strafrecht – die *Scharia* – als geltendes Recht für den multiethnischen und multireligiösen Sudan verkündet wurde, erhielt der Konflikt eine religiös-kulturelle Dimension und damit eine Zuspitzung, die ihn ausweglos erscheinen ließ: Nun ging es neben all den anderen Streitpunkten auch noch um Fragen der *kulturellen Identität*, um den

nationalen und religiösen Charakter des Sudans und seiner Verfassung als säkularer Staat oder als islamische Volksrepublik.

Auch nach dem Sturz des Militärdiktators Numeiri (1985), dem eine demokratisch gewählte Mehrparteienregierung unter Premierminister Sadiq al Mahdi folgte (dem Anführer einer der beiden großen islamischen Sekten-Parteien), konnte die Scharia-Frage – der Stein des Anstosses für den säkularen Süden und das entscheidende Hindernis für den Waffenstillstand und für jeden denkbaren Verfassungskompromiss – nicht aus der Welt geschafft werden. Rein technisch wäre es durch eine einfache Aufhebung der entsprechenden Numeiri-Dekrete möglich gewesen; aber kein muslimischer Politiker wollte aus Identitätsgründen und Angst vor Verunglimpfung durch Glaubensbrüder als Verräter an der islamischen Sache bezichtigt werden (Tetzlaff 1998: 322). Als dann nach dreieinhalb Jahren vertaner Regierungszeit die Demokratie im Juni 1989 gestürzt und die Staatsgewalt von den islamistischen Fundamentalisten unter Generalleutnant Beshir (dem noch heute amtierenden Staatspräsidenten) und dem Ideologen Hassan-al-Turabi ergriffen wurde, erhielt der Sudankonflikt eine weitere Verschärfung. Die *Islamisten* versuchten nun durch Bewaffnung und Mobilisierung aller wehrfähigen Männer in Volksmilizen die SPLA in die Knie zu zwingen, - militärische Anstrengungen, die 1999 nach dem Beginn der Erdölförderung in umstrittenen Kriegsgebiet (Nuba-Mountains) mittels Genozid an den Nuba-Bewohnern und Bombardierung der Dörfer des Nuervolkes verstärkt wurden.

Der vor fast 50 Jahren begonnene Krieg im Sudan und um den Sudan lehrt, dass es müßig ist, nach *der* Kriegsursache suchen zu wollen; denn die Begründungen für die Fortsetzung des Krieges änderten sich – je nachdem, ob nasseristische Militärs, in England und USA ausgebildete Intellektuelle mit demokratischer Gesinnung, muslimische Parteipolitiker oder islamistische Ideologen die Regierung stellten. Feststeht nur, dass die politische Klasse des Sudans mit ihren verschiedenen Facetten bei der zivilen Lösung des wichtigsten nationalen Problems bislang versagt hat. Wohl mehr als drei Millionen Menschen sind seit 1955 dem Krieg und seinen direkten Folgen zum Opfer gefallen, vier Millionen Flüchtlinge lagern in Elendsquartieren um die Hauptstadt Khartum-Omdurman, die Intelligenz wurde zu Zehntausenden aus dem Land vertrieben und die Restbevölkerung wurde wegen der hohen Kriegskosten und ausbleibender Investitionen der Verarmung ausgesetzt. Die Machthaber waren „seit der Unabhängigkeit unfähig, eine lebensfähige Demokratie zu etablieren“ - und das in einem Land mit einer 5000 Jahre alten, „sehr hoch entwickelten Zivilisation“ – klagte der sudanesischer Schriftsteller *Tajjib Salich* (Salich 2002:57). Dabei haben sich die Begründungen für die Fortsetzung des Krieges durch die Regierungen insofern geändert, als im Verlaufe der Jahrzehnte immer neue Gründe hinzukamen bzw. politisch akzentuiert wurden, ohne dass die älteren obsolet geworden waren:

- Ein partieller ökonomischer *Allokationskonflikt* (um die gerechte Zuteilung von Staatsämtern),
- Ein politisch-verfassungsrechtlicher *Territorialkonflikt* (Einheit des Staates),
- Ein politischer *Machtkonflikt* (Erhalt bzw. Erwerb der Macht in der Hauptstadt),
- Ein kulturell-religiöser *Identitätskonflikt* (Abwehr gegen kulturelle Überfremdung durch die Instrumentalisierung der „scharia“) und schließlich,
- Ein internationalisierter *Ressourcenkonflikt*, der nach Produktion und Export von Erdöl der kriegsbefürwortenden Machtelite des Landes erstmals Aussicht auf korporativen Reichtum und einen Sieg der Waffen verspricht.

Seit 2000 nimmt die Regierung etwa 500 Millionen US Dollar jährlich aus dem Erdölverkauf ein, den chinesische, malaysische, kanadische und österreichische Ölfirmen besorgen. Als Gegenleistung versprach sie die Säuberung der Prospektionsgebiete von „störenden“ Menschen; Hunderttausende von Nuba-Bewohnern und Nuern sind seitdem vertrieben, Zehntausende durch Flächenbombardement getötet worden (amnesty international - Sudan-Koordinationsgruppe, Juni 2002: 24) – eine kollektive Verletzung von Menschenrechten im großen Stil. Und wieder wird ein Stück der kulturellen Vielfalt Afrikas zerstört, geopfert der globalen Gier nach Erdöl.

Das bislang letzte Ereignis der sudanesischen Tragödie hat mit dem 11. September 2001 zu tun. Nachdem sich Präsident Beshir in der Frage der Terrorismusbekämpfung auf einen pragmatischen Annäherungskurs an die Administration von George W. Bush begeben hat, hat die US-Regierung offensichtlich das Interesse an einem UN-überwachten Referendum im Südsudan verloren (das vermutlich dem Süden die Unabhängigkeit bringen würde). In seinem Bericht an den US-Präsidenten hat Senator Jan Danforth empfohlen, das Recht der Südsudanesen auf Selbstbestimmung durch ein UN-überwachtes Referendum (die bisherige westliche Haltung) aufzugeben und stattdessen für „robuste interne und externe Garantien“ für das Respektieren von Religion und Kultur seitens der sudanesischen Regierung plädiert – womit alles beim Alten bliebe (*Danforth-Report* vom 14. May 2002, S. 38 und 39, zit. in: Amnesty International- Sudan-Koordinationsgruppe, Juni 2002, S. 33-39).

9. Der politisierte Kulturkampf der Religionen im eigenen Land: Nigeria – oder das Dilemma der politisch unbewältigten Heterogenität

Das Thema *kulturell-religiöse Vielfalt* ist auch deshalb von besonderer Relevanz für Afrika, weil in den von starken politischen Desintegrationserscheinungen geprägten Gesellschaften die allort feststellbare „*Rückkehr der Religionen*“

(Riesebrodt 2000) noch zusätzlich eine enorme Fragmentierung der kulturellen Landschaft in diverse kulturelle-religiöse Milieus bewirkt hat. Diese selbst ist offensichtlich eine Reaktion auf sozio-ökonomische Krisen und Staatsverfall in seinen mannigfaltigen Formen (s.u.) – Phänomene, die das Bedürfnis von verunsicherten Menschen nach kultureller Identität und sozialer Sicherheit ansteigen lassen, und nicht selten in religiösen und kulturellen „Bewegungen“, Sekten, „Erlösungs“kirchen, Geheimkulten etc. ihren Ausdruck finden (Kepel 1991; Tetzlaff 1991; Kamphausen 2001, Rittberger/Hasenclever 2002). Diese neue Form der kulturell-religiösen und sozialen Fragmentierung – zusätzlich zu der herkömmlichen, naturwüchsig entstandenen – ist eine Reaktion auf die unbewältigte Moderne und hat einen doppelten Charakter: Sie ist nicht nur ein Zerfallsprodukt, sondern auch konstruktiv ein Kristallisationspunkt für neue Solidargemeinschaften im Interesse des Überlebens ihrer Mitglieder in einem destabilisierten gesellschaftlichen Umfeld. So ist es kein Zufall, dass wir in Uganda, Sudan, Kongo sowie im gesamten südlichen Afrika eine starke Zunahme an religiösen und para-religiösen Erscheinungen, Sekten, Bewegungen etc. haben. Nebenbei sei angemerkt, dass die „Rückkehr der Religionen“ ein *zyklisch* auftretendes Phänomen zu sein scheint und sich (weltweit) immer dann ereignet, wenn sich bestehende (kirchliche und politische) Ordnungen wegen *schwindender Kohäsionskraft* im „Umbruch“ oder in einer Legitimationskrise befinden.

An einem aktuellen Beispiel mit exemplarischer Bedeutung für die politisierten Kulturkämpfe in Afrika kann dieses Problem der *Koexistenz des kulturell Heterogenen angesichts politischer Kohäsionsschwäche* verdeutlicht werden. Am nigerianischen Beispiel soll gezeigt werden (dabei die Forschungsergebnisse von Johannes Harnischfeger auswertend), wie das staatliche Gewährenlassen kulturell-religiöser Vielfalt zu fundamentalistischer Rivalität bis hin zum interreligiösen „Kulturkampf“ im eigenen Land mit zahlreichen Toten führen kann. Als im Jahr 1999 in *Nigeria* – Afrikas bevölkerungsstärksten Land - die lange Ära kleptokratischer Militärherrscher (aus dem islamischen Norden) zu Ende gegangen war, benutzte die christliche Hälfte der Bevölkerung die neue politische Freiheit zur Reetablierung gesellschaftlichen Pluralismus und politischer Wettbewerbsdemokratie, während radikale Führer der Muslime des Landes, die in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias einige Wahlen gewonnen hatten, das islamische Strafrecht – die *sharia* – in mehreren Bundesstaaten (Zamfara, Kano, Kaduna, Gombe) einführten (bzw. wieder einführten). Dies war mit öffentlichen Amputationen, Steinigungen von Ehebrecherinnen und einer strikten Trennung der Geschlechter in Bussen, Bildungsanstalten und in Verwaltungsämtern verbunden und geschah sehr zum Leidwesen der christlichen Minderheiten (der Handel treibenden Ibos aus dem Süden z.B.), die sich in eigenen Ghettos zu barrikadieren genötigt sahen, soweit sie nicht – eingedenk der zahlreichen

Massaker mit ethnisch-kulturellem Hintergrund der Vergangenheit - die Flucht vorzogen.

Die Tatsache, dass die islamischen Fundamentalisten damit gegen die geltende Verfassung und den seit 40 Jahren geltenden Elitenkonsens – Nigeria ist und bleibt ein säkularer Staat, der in religiösen Dingen nicht Partei ergreift – verstoßen, quitierten sie mit dem Argument, dass die Muslime des Nordens nur ihr Recht auf Selbstbestimmung in Anspruch nähmen und dass ihnen der Katalog der Menschenrechte und das Prinzip der Trennung von Staat und Religion ohnehin kulturell fremd seien. Hinzu kommt eine weit verbreitete Enttäuschung über Misserfolge der entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Modernisierungsversuche, was die „*sharia*“ mit ihren klaren einfachen Ge- und Verboten sehr populär gemacht hat, gerade in den multikulturellen Großstädten des Nordens, in denen Christen und Muslime eng zusammenleben, sowie in den ländlichen Gebieten mit schmerzlicher Landknappheit, in denen einwandernde Muslime die altansässigen Siedler verdrängen.

Unter solchen Stressbedingungen des Alltags ereignet sich das, was man die *Politisierung kultureller und religiöser Differenzen* genannt hat, d.h. die Politik der Erzeugung von kulturellen Feindschaften aus sozio-ökonomischen Interessenunterschieden, zwecks Legitimierung von Ansprüchen auf Privilegien und Herrschaft (Bielefeldt/Heitmeyer 1998; Meyer 1998). In Nigeria (aber auch in Ghana, Cote d’Ivoire, Benin, Mali etc...) werden an sich harmlose Interessenunterschiede durch ökonomische Not zu kulturell-religiösen Feindbildern konstruiert, die dann rasch zur Anwendung von Gewalt führen können. In Nigeria, wo sich „die Hausa und Fulani wieder nach Süden ausbreiten, lässt sich diese innerafrikanische Kolonisierung nur mit religiösen Motiven begründen. Als Angehörige fremder Ethnien besitzen die Zuwanderer nicht das mindeste Recht, die Herrschaft über das Jos-Plateau und andere Minoritäten-Gebiete zu beanspruchen. Doch als Wegbereiter des Islams sehen sie sich berufen, den Einfluss der ursprünglich ansässigen Bevölkerung zurückzudrängen, um die staatliche Obrigkeit nach den Gesetzen Gottes umzugestalten. Ihre Landnahme verbindet sich mit einer göttlichen Mission, so dass sie überall dort, wo sie sich ansiedeln, zugleich die Vorherrschaft über die Ungläubigen reklamieren...Der Ruf nach Scharia scheint anzukündigen, dass ein Großteil der Hausa-Fulani nicht auf einen Ausgleich ethnischer Interessen bedacht ist, sondern auch Eroberung“ (Harnischfeger: „Die Scharia – Gegenmodell zur Demokratie“, in: NZZ vom 29./30. Juni 2002, S. 5).

Die politisierte islamische Heilslehre und Strafordnung artikuliert nicht nur die Enttäuschung über den ökonomischen und moralischen Niedergang der Eliten des Landes, sie verspricht zugleich, das politische System von Grund auf zu erneuern. Für viele Bürger Nigerias ist es „die einzige Vision, die ihren verzweifelten Wünschen noch kollektiven Ausdruck geben kann. Deshalb ist es

unwahrscheinlich, dass sie sich von den Verheißungen des Islams abwenden werden. Wo sonst sollten sie einen Ausweg finden? Kaum jemand glaubt noch, dass die Imitation westlicher Vorbilder sie aus der Krise herausführen wird“ (Harnischfeger 2002: 4). Staatspräsident Olusegun Obasanjo verzichtete auf eine Verfassungsbeschwerde gegen die betreffenden islamischen Bundesstaaten, weil er die Spaltung der Nation durch einen Urteilsspruch des Höchsten Gerichts des Landes fürchtete. Rechtgläubige Muslime in Nigeria fühlen sich nicht an ein Gesetzeswerk gebunden, das von westlichen Rechtsvorstellungen geprägt sei.

Vielfalt dieser Art ohne ergänzende Gemeinsamkeiten - kann also zum Fluch werden – zum Mittel und Instrument der Spaltung eines Gemeinwesens, mit denen dann politische Machthaber ganz unreligiöse Machtinteressen verfolgen und kulturelle Minderheiten in eine politische Geiselrolle drängen. Wenn der legitime Kampf um Interessen an Machterwerb und Machterhalt mit dem politisierten Wettbewerb um sich ausschließende kulturell-religiös definierte Gruppen-Identitäten verschmolzen wird, wird das Erzielen politischer Kompromisslösungen besonders schwierig (was sich in besonderer Schärfe im dreißigjährigen Krieg im Sudan gezeigt hat).

Von „einer allgemeinen politischen Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung“, die *Dieter Senghaas* als eine Bedingung für erfolgreiche „Koexistenz trotz Fundamentalpolitisierung“ ansieht (Senghaas 2001: 146), hat sich Nigeria im Zuge der Demokratisierung also eher noch weiter entfernt. Ohne erste politische Schritte zur Lösung der Landknappheit, des Bevölkerungswachstums und der Eindämmung der allgemeinen Korruption der Funktions- und Verwaltungseliten ist Aussicht auf rechtsstaatliche Reform des Gemeinwesens nicht zu erwarten. Aus diesem Problem der nicht abgeschlossenen Konsolidierung des inneren Gefüges afrikanischer Staaten ergibt sich für international operierende Akteure aus anderen Teilen der Welt – sagen wir UN- oder EU- Behörden, das Internationale Rote Kreuz oder der Rote Halbmond - ein grundsätzliches Problem mit der Legitimität der politischen Repräsentation: Wer ist der *legale und legitime Ansprechpartner* für gemeinsame Aktionen, Deklarationen und Dialoge, wenn das staatliche Gewalt- und Rechtsmonopol in konkurrierende Fraktionen zersplittert ist?

Was aus einer Gesellschaft wird, in der der institutionelle Staat vollständig kollabiert ist (Brons 2001), kann man am Schicksal *Somalias* seit den 90er Jahren erahnen: In einem hobbesianischen Milieu der privatisierten Gewaltamkeit auf Klan-, Subklan- und Stadtteilebene dominiert die Handlungslogik des nackten Überlebens und des augenblicklichen materiellen Vorteils – fern jeder Mäßigung durch eine zivilisierte, arbeitsteilige Marktgesellschaft und ihrem politisch-rechtlichen Überbau, den pazifizierenden „Staat“ mit seinem Gewaltmonopol. Was heißt „Verbrechen“, wenn es keine staatliche Ordnung mehr gibt? (Münkler 2002: 32). Zur Zeit existiert der

postkoloniale „Staat Somalia“ höchstens noch in den Köpfen von Menschen – als Erinnerung an ein koloniales Relikt, als eine gescheiterte Hoffnung auf ein besseres Leben jenseits des „Tribalismus“ und vielleicht auch als Hoffnung auf einen neuen Versuch, Staatlichkeit von unten (in Somaliland, Puntland, Riverine-State) neu aufzubauen, auf der Grundlage historisch gewachsener Strukturen. Dass eine somalische Gesellschaft im 21. Jahrhundert ohne modernen Staat auskommen könnte oder müsste, wäre wegen des damit verbundenen politischen Chaos und der sozialen Anomie nicht wünschenswert, kann aber nicht ausgeschlossen werden: der hybride Zustand, in dem sich private Gewaltgruppen in den Ruinen des kollabierten Staates eingenistet haben und sich gegenseitig bekriegen, kann lange dauern.

10. Machtgier von Staatsklassen als Triebfeder von Regression - Simbabwe als Beispiel für eine politisch inszenierte Selbstzerstörung eines reichen Staates

Wie soll das politisch und geistig verantwortliche Europa mit den Staaten und Gesellschaften Afrikas verfahren, deren souveräne Regierungen die materiellen und sozialen Grundlagen für Überleben und Entwicklung ihrer Völker politisch mutwillig zerstören – mit „Räuberstaaten“ (Bayart 1993, Castells 2003: 98)? Simbabwe unter Präsident Mugabe seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist zwar keineswegs der einzige Fall dieser Art der *Politik der inszenierten Selbstzerstörung* (Kamerun, Togo, Guinea und andere Regierungen der Staatengruppe drei könnten hier genannt werden), bei der am Ende das eigene Volk Not und Entbehrungen erleiden und das westliche Ausland die Zeche in Form von Hilfslieferungen für Millionen zahlen muss, wohl aber der zur Zeit eklatanteste Fall von Selbstzerstörung, der nun auch auf internationaler diplomatischer Ebene die *Abschaltung* Afrikas symbolisiert. Es handelt sich dabei um das Phänomen der *zivilisatorischen Regression* – des Rückfalls einer Ordnung auf ein niedrigeres Niveau sozialer Verkehrsformen, wobei Gemeinschaftsinteressen von Partialinteressen, Öffentliches durch Privates gewaltsam verdrängt werden.

Schon in den vergangenen vierzig Jahren hat sich die Staatengemeinschaft schwer getan, die Zerstörungsprozesse in Afrika Einhalt zu gebieten – den natürlich bedingten wie den menschlich hervorgerufenen. Zu letzteren gehören die Langzeitkriege in Afrika – im Sudan, in Äthiopien/Eritrea, in Angola oder im Tschad. Zur Zeit wird das Vertrauen der Staaten der Europäischen Union (EU) in die Realisierung der allseits gewünschten neuen Partnerschaft zwischen Europa und Afrika durch das Verhalten des Regimes von *Robert Mugabe* in Simbabwe erheblich gestört. Allen feierlichen regionalen und internationalen Abkommen über den Schutz der Menschenrechte und der Verpflichtungen zu „good governance“ zum Trotz (die auch simbabwische Diplomaten

unterschrieben haben) tut der seit 22 Jahren regierende simbabwische Präsident alles, um sich mittels diktatorischer Mittel an der Macht zu halten, dabei sein Land in den Ruin treibend (siehe Peters-Berries 2001).

Als Mugabe im Jahr 1980 als siegreicher Guerillaführer der *Zimbabwe African National Union (ZANU)* von den weißen Siedlern Rhodesiens endlich die Staatsmacht hatte übernehmen können, wurde er Präsident eines wirtschaftlich blühenden Agrarlandes mit einer soliden Infrastruktur und Ansätzen einer Importsubstitutions-Industrialisierung, allerdings auch großer sozialer Probleme. Heute sind ca. sechs Millionen Menschen von Hunger bedroht, und das Land ist von Nahrungsmittelschenkungen der Agrarexportländer (der EU und USA) abhängig geworden – erstmalig in der Geschichte des Landes. Vier Hauptfaktoren haben diese Katastrophe bewirkt:

- Die extrem ungleiche Landverteilung (4500 weite Großfarmer besaßen 11 Mio. ha fruchtbares Land, auf dem 250.000 Farmarbeiter beschäftigt waren, während mehr als 1 Million kleinbäuerlicher Familien mit 16,4 Mio. ha auskommen mussten) veranlasste den Präsidenten plötzlich – nach 20 Jahren im Amt - , durch außergesetzliche Mittel (eigenmächtige Verfassungsänderung, Einschüchterung und Ermordung weißer Farmer, indirekte Aufforderung zu illegaler Farmlandbesetzung durch „Kriegsveteranen“) den weißen Farmern, die bislang 50% des Exports erwirtschafteten, ultimativ ihre Enteignung anzudrohen und schrittweise auch durchzusetzen (275 Farmen hatte die Staatsklasse sich schon selbst angeeignet).
- Eine maßlos populistische (invers-rassistische) Politik der Begünstigung einer kleinen Gruppe von Sympathisanten – dem Verband der Kriegsveteranen 1998. Die Presse hatte 1997 die Ausplünderung eines Kompensationsfonds für Kriegsveteranen, die unter den Spätfolgen des Befreiungskriegs litten, durch die politische Elite des Landes aufgedeckt: „Nahezu das gesamte Kabinett, etliche Abgeordnete, Staatssekretäre, hohe Militärs und Polizeioffiziere hatten sich in hohem Maße Kriegsversehrtheit attestieren und beträchtliche Entschädigungen ausbezahlen lassen“ (Peters-Berries 2001: 19). Mugabe reagierte auf diesen Skandal seiner Regierung durch die Gewährung einer Kriegsveteranenabfindung in der außergewöhnlichen Höhe von 560 Mio. DM (nur für 1997) – was das *Budgetdefizit* in die Höhe trieb (auf ca. 15 % des BIP) und was IWF und Weltbank umgehend veranlasste, Kreditzusagen in Höhe von 63 Mio. US Dollar einzufrieren. Der Präsident verweigerte jeden vernünftigen Kompromiss mit den Gläubigern.
- Die Kosten eines *Kriegsabenteuers im Kongo*: Zur gleichen Zeit (seit August 1998) entsandte Präsident Mugabe – zusammen mit Namibia und Angola – mehrere Tausend simbabwesche Soldaten in die DR Kongo, um seinen von Rebellen bedrängten Kollegen Laurent Kabila zu unterstützen. Die Mittel für die Militärexpedition wurden zunächst aus dem laufenden

Haushalt entnommen und später über Schattenhaushalte finanziert. Die Kriegskosten beliefen sich 1999 auf 30 Mio. US\$ pro Monat. Die Inflationsrate stieg auf 60% (1999) an.

- Die kurzfristige Verweigerung der Regierung Mugabe, eine transparente Landreform mit den ausländischen Gläubigern sowie weitere Strukturanpassungsmaßnahmen zur Sanierung des Haushalts durchzuführen, führen zum Zusammenbruch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft und zum wirtschaftlicher Staatsbankrott. Weil auch die Preise für Grundnahrungsmittel steil anstiegen, kam es zu „Brot-Unruhen“; das Volk hungert, 70% leben an und unter der Armutsgrenze.

Trotz aller Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit der Präsidentschaft Mugabes strebte dieser eine erneute Wiederwahl seiner Person als Präsident an – und scheute nicht vor dem Einsatz gewaltsamer und illegaler Methoden zurück. In den ländlichen Gebieten wurden Oppositionsanhänger eingeschüchtert, verprügelt und getötet, deren Wahlveranstaltungen unterbunden, gestört oder gewaltsam aufgelöst. Der Oppositionsführer (Morgan Tsvangirai von dem „Movement for Democratic Change“) wurde mit einer Diffamierungskampagne überzogen, die in einer lächerlichen Anklage wegen Hochverrats gipfelte. Angesichts dieser ungesetzlichen *Militarisierung* des Wahlkampfes durch die Staatspartei, die um ihre Pfründen bangte (manche sprechen daher von „staatlichem Pfründenkapitalismus“), flüchtete sich die Bevölkerung eher in politische Apathie und Wahlenthaltung als den offenen Widerstand zu wagen. Besonders Ziel der Terroraktionen seitens der Sturmtruppen und Jugendmilizen der Staatspartei waren Lehrer; ca. 7000 von ihnen flohen während des Wahlkampfes in die Städte, weil sie um ihr Leben fürchteten. Als Folge schlossen 259 Grund- und Sekundarschulen (Peters-Berries 2001: 30).

Schließlich ließ sich Mugabe zum Sieger der Wahl ausrufen, was von der Wahlbeobachterkommission der EU nicht anerkannt wurde – im Unterschied zu den Wahlbeobachtern der OAU, die die Präsidentschaftswahl unverständlicherweise als „*free and fair*“ bezeichneten. Der Pyrrhussieg Mugabes, der seinen Abschied von der Macht nur verzögert und ihn in die Geschichtsbücher als einen weiteren Repräsentanten der großen Schar von macht- und geldhungrigen Despoten eingehen lässt, wurde mit „dem totalen Niedergang der simbabwischen Wirtschaft, mit der Zerstörung der Beziehungen zur Gebergemeinschaft und mit der Errichtung von Unterdrückungs- und Kontrollstrukturen parallel zur staatlichen Verwaltung“ bezahlt ...Mugabes Wahlsieg wird den Exodus der weißen Minderheit und der gut ausgebildeten schwarzen Simbabweer sowie die

Kapitalflucht verstärken“ (Mair 2002: 2-3). Zustände der „sozialen Anomie“ jenseits des Leviathan (Waldmann 1998) breiten sich aus.

Diese extrem ruinöse Form von „bad governance“ eines intelligenten Mannes wie Robert Mugabe – der nicht in die Kategorie der brutalen Tyrannen (Idi Amin von Uganda) oder der grausamen „war lords“ (Charles Taylor von Liberia oder RUF-Anführer Foday Sankoh in Sierra Leone) einzuordnen ist – ist schwer zu erklären: Dass politische Präsidenten im postkolonialen Afrika alles dransetzen, an der Macht zu bleiben, gehört zu den bislang „normalen“ Verhaltensweisen, auch dass sich die postkoloniale Staatsklasse ungesetzlich und meist hemmungslos bereichert (Pfründenkapitalismus, Kleptokratie), aber die *eigen-inszenierte Selbstzerstörung* der Grundlagen der bisherigen Wirtschaftserfolge und Entwicklungsanstrengungen auf Kosten der entwürdigten eigenen Bevölkerung, macht sprachlos. „Zur Torheit der Regierenden kam auch noch die Arroganz der Macht“ (Peters-Berries 2001: 26), angetrieben von der grenzenlosen Habgier der Staatsklasse, die fürchtet, mit der Abwahl des Präsidenten alle Privilegien zu verlieren und eventuell wegen Verbrechen und Korruption im Amt angeklagt zu werden – was man vielleicht das *Castro-Syndrom* nennen kann.. Präsidialmacht wird im noch nicht demokratisierten Afrika nicht als ein politisches Volksmandat auf Zeit wahrgenommen, sondern als ein persönlich zustehendes (Häuptlings)Recht auf Lebenszeit.

Die Regierungen der Europäischen Union haben sich 2002 endlich zu Sanktionen gegen Mugabe und seine Minister durchgerungen (Reiseverbote, Sperrung der Konten); sie mussten dann aber erfahren, dass sich die Regierungen der OAU (die sich etwas vorschnell nach EU-Vorbild in *Afrikanische Union* umbenannt hat) nach außen mit Präsident Mugabe solidarisierten, was selbst für die NEPAD-Staaten (siehe obere 1. Abschnitt) galt. In Europa fragte man sich: Was soll angesichts dieser Heuchelei *auf Regierungsebene* noch ein interkultureller Dialog über Menschenrechte, Demokratie und Weltethos, über Entwicklungspartnerschaft und vertrauensvolle Zusammenarbeit?

11. Die Entmenschlichung von Gesellschaft als Folge von Staatsverfall – ein Handlungsdilemma auch für den Westen

Die Globalisierung (als bislang letztes Stadium der Europäisierung des Globus) hat Europa in eine verzwickte *Dilemmasituation* Afrika betreffend geführt: Wenn dort postkoloniale Staaten - aus welchen selbstverschuldeten oder fremdverschuldeten Gründen auch immer – scharenweise aus Schwäche kollabieren, *mit wem* sollen Dialoge über Menschenrechte, nachhaltige Entwicklungspolitiken oder gar ethische Standards geführt werden? Wer sind unsere Partner, wer kann für wen authentisch sprechen? Zwei Drittel der

afrikanischen Staaten – aufgrund mangelnder staatlicher und rechtlich institutioneller Voraussetzungen – sind nicht in der Lage, ernsthaft an der Kodifizierung und Implementierung von Weltethosprinzipien zu partizipieren, sie bilden den nicht eingebundenen, sozial gefährlichen *marginalen Pol der Weltgesellschaft mit hohem Chaospotential*.

Nimmt man die „Agenda 2000“ der EU zum Maßstab, die von der Europäischen Kommission für das anstehende neue Kooperationsabkommen mit den AKP-Staaten Ende der 90er Jahre vorgelegt hatte und dann zum 5. Lomé-Abkommen geführt hat (jetzt Cotonou-Abkommen genannt), dann kann es keinen Zweifel darüber geben, dass sehr hohe ethische Maßstäbe an die neue europäisch-afrikanische Zusammenarbeit angelegt werden:

„Die Forderung nach der Achtung der demokratischen Grundsätze geht nicht von einem bestimmten, für alle verbindlichen Modell aus. Jede Gesellschaft hat das Recht, ihren eigenen Weg zur Demokratie unter Berücksichtigung der landesspezifischen Gegebenheiten zu wählen. Aber diese Wahl muss die Grundmerkmale der repräsentativen Demokratie einschließen: den Grundsatz der Gewaltentrennung als Garantie für eine unabhängige Justiz sowie das Recht der Bürger, ihre politische Führung in bestimmten Zeitabständen zu wählen oder abzuwählen, ihre Meinung frei zu äußern und sich frei zu informieren“ (EU-Kommission 1997: 17).

In Afrika erfüllen im Jahr 2003 wohl nur sieben oder neun Staaten in etwa diese hohen *demokratischen und rechtsstaatlichen* Anforderungen: Südafrika, Mauritius, Botswana und Namibia im südlichen Afrika, Mali, Ghana und Benin im westlichen Afrika sowie Tansania (mit Ausnahme von Sansibar) und Senegal (mit Ausnahme der umkämpften Casamance-Provinz). In den übrigen 42 Staaten des Kontinents müsste eine auf soziale Gerechtigkeit und Religionsfrieden ausgerichtete Weltinnenpolitik (im Künigschen Sinne) bei den materiellen und ideellen *Ermöglichungsbedingungen* für Demokratisierung und zivile Konfliktbearbeitung ansetzen.

In Analogie zum Senghaaschen Zivilisatorischen Hexagon kann man für das realexistierende Afrika mit seinen Staatsverfallsländern folgende Kombination von Störfaktoren benennen: Dieses Hexagon der Entmenschlichung besteht aus folgenden sechs Ecken:

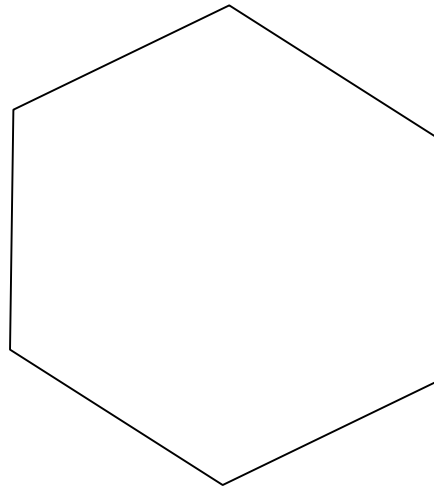
1. Statt staatliches Gewaltmonopol – parastaatliche Ordnungsinstitutionen; Fragmentierung, Zerbröselung und Privatisierung von politischer Macht: die Herrschaft der „war lords“, Milizen, Rebellen und Banden
2. Statt Rechtsstaatlichkeit – Wiederkehr traditionaler und religiöser Rechtsformen (Scharia); Triumph des Faustrechts und Ausdehnung von sozialer Anomie;

3. Statt wirtschaftliche Interdependenz und individuelle Affektkontrolle – kleinräumige Subsistenzökonomie und Tauschhandel zum einen, großräumige Netzwerke des Schmuggels von Rohstoffen, Waffen, Drogen und Menschen zum anderen. Statt Affektkontrolle Explosion von Emotionen.
4. Statt politischer Demokratisierung – paternalistische Bevormundung, Tyrannei und Terror einzelner “war lords“, bis hin zu Vertreibung und Versklavung
5. Statt soziale Gerechtigkeit im nationalen Rahmen – Selbstprivilegierung, Zuteilung von Überlebensressourcen nach Opportunitätsgesichtspunkten
6. Statt ziviler Streitkultur – Entzivilisierung sozialer Beziehungen durch Krieg und Terror, bis hin zur „Lösung“ von Interessenkonflikten durch „ethnische Säuberungen“.

Schaubild: Das Hexagon der Entzivilisierung durch Staatszerfall

(1) Verlust des Gewaltmonopols: Fragmentierung und Privatisierung von Gewalt; parastaatliche Ordnungen

(2) Faustrecht und soziale Anomie



(3) Subsistenz-
ökonomie; Netz-
werke des
Schmuggels;
Affektexplosion

(4) Diktatur und Bevormundung

(5) Zus.bruch
von Solidar-
gemeinschaften;
Selbstprivilegier-
ung, soziale
Polarisierung/

(6) Entzivilisierung
als Folge von Staatszerfall und Krieg;
Exklusion und Vernichtung von „Feind“-Gruppen

Überall dort, wo noch nicht Anarchie und Anomie die Oberhand gewonnen haben, müssen staatliche und parastaatliche Institutionen gestützt und gestärkt werden, die kollektive Willensbildungsprozesse in Würde und Freiheit zulassen. Politische Gewalt muss (wieder) staatlich monopolisiert und durch den Käfig des Rechts zivilisiert werden, wobei berechenbare auswärtige Wirtschafts- und Entwicklungshilfe in angemessenen Dimensionen einen nützlichen Beitrag leisten kann: *good governance* ist wichtiger als hohe Entwicklungshilfe-Transfers.

Aus den anhaltenden weltweit geführten Diskussion über die *Universalisierbarkeit* von Demokratie und Menschenrechten, von Rechtsstaatlichkeit und Fairnessnormen wissen wir, dass man gewisse Wertvorstellungen, die als regulative Ideen im sich industrialisierenden Westen ganz selbstverständlich geworden sind, nicht ohne weiteres als gültig und leitbildfähig für andere Kulturkreise übertragen darf bzw. sie als „gegeben“ voraussetzen darf: So haben afrikanische Gesellschaften auf Grund ganz anderer Erfahrungen mit der Moderne (z.B. als Opfer kolonialherrschaftlicher Gewalt und Habgier) noch einen funktional wie ethisch-kognitiv anderen Zugang zu Fragen des öffentlichen Eigentums, des individuellen Erfolgs als Unternehmer oder der Berechtigung von Privilegien für Statusgruppen (siehe beispielhaft für Südafrika: Asendorpf 2002). Es handelt sich in Zweidrittel der Fälle um kohäsionsschwache Übergangsgesellschaften im Werden – mit noch offenem Ergebnis bezüglich ihrer direkten Anschlussfähigkeit an die Staatenwelt des 21. Jahrhunderts, für die eine zunehmende Verrechtlichung und damit Berechenbarkeit ihrer Verkehrsformen typisch zu sein scheint.

Als Voraussetzungen für interkulturelle Diskussionsfähigkeit werden im *Dialog-Manifest* drei Grundeinstellungen (Dispositionen) genannt, die für das Beschreiten des Weges hin zu einem verbindlichen Weltethos für alle unverzichtbar seien: *Menschlichkeit, Gegenseitigkeit und Vertrauen* (S. 80). Es sind Normen, die auch in afrikanischen Überlebensgemeinschaften als Bestandteile eines tradierten Verhaltenskodexes *für Mitglieder* gültig waren und teilweise noch sind. Ein zentraler Baustein afrikanischer Gemeinschaften – bei Nomaden wie auch bei Ackerbauern - war und ist der Gedanke der Reziprozität: des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen auf der Basis von Wechselseitigkeit und gegenseitigem Vertrauen. Das an feudale Abhängigkeitsbeziehungen erinnernde Herrschaftsmodell des afrikanischen Neo-Patrimonialismus ist ohne das Prinzip der Reziprozität der Verpflichtungen je nach Status und Vermögen gemäß der Handlungslogik des *do-ut-des* nicht denkbar – es entsprach der Reproduktionslogik einer (staatenlosen) Agrargesellschaft. Bei den Kabylen Algeriens heißt es: „Mensch ist der Mensch nur unter Menschen“ (zit. nach Bidima 2001.: 158).

Ferner nennt das Dialog-Manifest als *gemeinsame Werte*, die zur Erleichterung des Dialogs der Kulturen für ein Weltethos von Bedeutung sind und für die deshalb geworben werden müsse, die folgenden vier Begriffspaare:

Freiheit/Gerechtigkeit, Rationalität/Anteilnahme, Rechtmäßigkeit/Zivilisiertheit und Rechte/Verantwortlichkeit (wobei auf die jeweils zweite Nennung besonderer Wert gelegt wird, weil sie bislang weniger intensiv diskutiert worden seien). Dabei geht es um die Realisierung der Idee von der gewaltfreien, zivilen Bearbeitung von Interessengegensätzen und Konflikten, die als naturwüchsig und unvermeidbar angesehen werden, die aber im Sinne der Goldenen Regel und der gemeinsamen Beherzigung von fairen Spielregeln konsensual gelöst werden sollen.

Für den Diskurs über Afrika ist das Begriffspaar „*Rechtmäßigkeit und Zivilisiertheit*“ von besonderem Interesse; denn hier existiert ein schwer lösbares Dilemma. Denn im Grunde wird damit eine rechtliche und ethische *Vergesellschaftung* auf hohem politischen Aggregationsniveau konkret vorausgesetzt, die realiter nicht oder noch nicht oder nicht mehr vorhanden ist. Dieter Senhaas hat kürzlich noch einmal die These bekräftigt, dass es zur Ermöglichung von (kultureller und religiöser) Koexistenz von Heterogenität in politisierten Gesellschaften „zunächst einmal der Entwaffnung der politisierten Bürger, also der *Institutionalisierung eines Monopols legitimer staatlicher Gewalt*“ (Hervorhebung im Original) bedürfe, ebenso wie in einem zweiten Schritt die *rechtsstaatliche Kontrolle* dieses Machtmonopols etabliert werden müsse, damit „unausweichliche substantielle Interessen- und Identitätsdifferenzen“ fair und durch neutrale Repräsentation geregelt werden können (Senhaas 2002: 145).

Diese Bedingungen erfüllen – wie gezeigt – nur sieben bis neun von 48 Staaten südlich der Sahara. In den 14 Ländern, in denen noch 2001 Krieg geführt wurde – meistens ein *Antiregime-Krieg* (BMZ 2002: 29; Schreiber 2002: 43) – liegen die Verhältnisse sehr viel anders. Je schwächer die Staaten in ihrem institutionellen Kern werden, je mehr ihr Machtapparat implodiert, desto nachhaltiger beherrschen *nichtstaatliche Gewaltakteure* die gesellschaftliche Szene und bestimmen über Leben und Tod. Dazu gehören die vier Kategorien: „Kriegsherren“ (*war lords*) und Rebellen, Kriminelle und Terroristen. Vor allem erstere verfolgen partikulare wirtschaftliche Ziele (Renteneinkommen aus Bodenschätzen und Steuern) und zielen darauf ab, in denen von ihnen beherrschten Gebieten das staatliche Gewaltmonopol gänzlich zu verdrängen und zu ersetzen, während die Gewaltausübung von organisierten Kriminalität und Terroristen mit dem staatlichen Gewaltmonopol koexistiert, die der organisierten Kriminalität sie sogar voraussetzt (Mair 2002a: 9).

Daher gelte für westliche Afrika- und Entwicklungspolitik als oberste Maxime: Dort, wo noch *tragfähige Institutionen eines Staates* existieren, sollten diese nicht durch Überforderungen von außen (unverantwortliche Schuldenbedienung

und Strukturanpassungsprogramme des IWF) geschwächt werden, sondern als primäres Ziel sollte im Sinne der intelligenten und konsequenten *Krisenprävention* die funktionale Stabilität der rechtsstaatlichen Ordnung und die Chancen für endogene Entwicklung (siehe im Einzelnen Kappel 2003) gefördert werden. Nur ein vertrauenswürdiger und kompetenter Staat kann von seinen Bürgern Loyalität und Rechtsbewusstsein erwarten, sowie die Bereitschaft zu sparen und vor Ort produktiv zu investieren. Dazu gehört die Förderung von Maßnahmen in vier Kernbereichen: Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrswesens und Justizwesen. Normative Ziele – soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit – sind zwar auch wichtige Kooperations- und Orientierungspunkte, sollten aber *nicht* „gleichrangig und gleichzeitig“ mit den beiden anderen Zielen des Zielvierecks des BMZ – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische Stabilität – (BMZ 2002: 36) in Angriff genommen werden. In strukturell schwachen Ländern gelten für eine Übergangszeit – abgesehen von einigen menschenrechtlichen Fundamentalnormen - andere ethische Maßstäbe als in entwickelten Demokratien und funktionierenden Marktwirtschaften.

12. Ausblick für die Vierte Welt: statt sustainable development Krisenprävention und *sustainable livelihood*

Die eingangs gestellte Frage nach der Zukunft Afrikas ist also nicht pauschal und eindeutig zu beantworten. Der komplexen Situation angemessen – *Afrika gibt es nur im Plural* als Ensemble von drei unterschiedlichen Entwicklungstendenzen - erscheint folgende Einschätzung der Lage als angemessen: Tatsächlich ist ein großer (und wachsender!) Teil afrikanischer Länder von den Strömen der globalisierten Welt ganz oder teilweise „abgeschaltet“ und bildet eine labile Welt für sich – die „*Vierte Welt*“ aus sozial wenig integrierten Gesellschaften und schwachen Institutionen. Die Hauptübel in diesen Ländern sind nicht Kriege und Armut an sich, sondern „*weak states*“ und „*poor governance*“: das Fehlverhalten politischer Machthaber ohne demokratische Legitimation, die den Staat als private oder korporative Beute betrachten und an entwicklungs-konformen Verhalten zum Nutzen der Gesamtgesellschaft wenig Interesse zeigen.

Staat ist ein Kürzel für Ordnungsmacht und *demokratischer Staat* für legitime Ordnungsmacht (im Sinne überlegener, rechtlich gebundener Gewalt); die Erscheinungen der „*failing states*“ und des Staatsverfalls signalisieren Unordnung und sind ein Nährboden für *soziale Anomie*. Sie haben vielfältige Ursachen – neben globalisierungsbedingten wirtschaftlichen Nachteilen, vor allem auch selbst induzierte (Politikversagen neben Marktversagen). In dieser Vierten Welt sind höchstens noch einige „*big men*“ der dünnen staatsnahen Eliten mit Weltpolitik, Weltwirtschaft und Weltkultur aktiv und direkt verbunden, der große Rest der Afrikanerinnen und Afrikaner ist weder

nationalstaatlich integriert noch global, etwa als wettbewerbsfähige Teilnehmer an Märkten. Für sie macht das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung, das auf zivilen Frieden und einen intakten Staat angewiesen ist, wenig Sinn. Hier steht stattdessen „*sustainable livelihood*“ im Vordergrund des Interesses, d.h. die Menschen müssen überleben und solange auf zivilisatorischen Fortschritt durch Entwicklungsinvestitionen warten, bis die dafür *notwendigen Rahmenbedingungen* – Rechtsfrieden, Gleichgewicht zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltressourcen, Staat und Märkte – wieder hergestellt bzw. neu aufgebaut worden sind.

Wo sich in den Hohlräumen einstiger Staatsmacht *private* Gewaltherren aller Art einnisten, - ethnische Rebellengruppen, „*war lords*“ und „*sobels*“, Guerrillas, kriminelle Banden, fremde Invasionstruppen - , kommt er zur *gesamtgesellschaftlichen Regression*: alte soziale Bindungswirkungen und zivilisierende Institutionen (der Bildung, der Verwaltung etc.) zerfallen, schreitet die Informalisierung und Kriminalisierung der Wirtschaft voran. So entstehen labile Gewaltmärkte in politischen Räumen mit offenen Grenzen, die keine gesamtgesellschaftliche *Entwicklung* durch produktive Integration in Weltmärkte oder durch gemeinsame geteilte (nationale) Werte und Ideen mehr zulassen.

Auch das Scheitern von Friedensmissionen der UNO (in Somalia, Ruanda, Sierra Leone, Angola, Zentralafrikanische Republik etc.) und die Persistenz von Bürgerkriegen und „ethnischen Konflikten“ belegen die Erkenntnis, dass der (von außen oktroyierte, künstliche) koloniale und postkoloniale Staat in Afrika nur in wenigen Fällen seine *zivilisatorische* Wirkung entfalten konnte. Es ist damit zu rechnen, dass in Zukunft weitere postkoloniale Fassaden-Staaten kollabierenden und soziale Gewalt freisetzen. Bei wirtschaftlichen Engpässen werden bestehende kulturelle Differenzen von privaten Gewaltherren politisiert. Die territoriale Fragmentierung wird sich fortsetzen und den Nährboden bilden für *parastaatliche* oder gesellschaftliche Einrichtungen auf ethnischer, kulturell-religiöser oder regionaler Basis. *Südsudan, Kongo-Zaire, Ruanda und Burundi, Somalia und Sierra Leone mit ihren Zonen unterschiedlicher Sicherheit und latenter Gewaltbereitschaft* sind zum Inbegriff des *desintegrierten Afrika* jenseits der Herrschaft des Leviathan geworden. Von außen sind diese Länder nicht zu stabilisieren, solange nicht Koalitionen einheimischer zivilgesellschaftlicher Gruppen oder politischer Parteien den Willen zum konstruktiven, friedlichen Neubeginn aufbringen.

Durch den Prozess des Staatskollapses in großen Teilen Afrikas mit den daraus folgenden Strömen von Wirtschaftsflüchtlingen (aufgrund wachsender Armut) und Migranten steht die übrige Welt vor einer enormen unvergleichlichen *politisch-ethischen Herausforderung*: wie einen Kontinent von außen stabilisieren und entwickeln wollen, dessen Macht- und Bildungseliten

mehrheitlich entmutigt zu sein scheinen, endogene Strukturreformen in Gang zu setzen und daher das Heil von Geld, Gunst und Gewalt des Auslands erwarten?

Drei Szenarien sind denkbar:

- Erstens im Sinne einer global werdenden *Weltinnenpolitik* mit großem Einsatz von Ressourcen und Know how die noch bestehenden Ordnungsstrukturen (Kernstaatenbereiche) stabilisieren helfen und diesen Gesellschaften langfristig zu ermöglichen, sich als wettbewerbsfähige Teilnehmer mit *struktureller Stabilität* in Weltmärkte zu integrieren (*weltgesellschaftliche Integrationsoption*);
- Zweitens die (europäische) Idee von lebensfähigen völkerrechtlichen souveränen Staaten und funktionsfähigen Volkswirtschaften in der heutigen Form *aufgeben* und nach institutionellen Alternativen suchen – d.h. zunächst wieder zurück zu vorstaatlichen Verhältnissen, zu ethnisch-kulturellen Formen der Vergemeinschaftung, um so allmählich *von unten* neue Staatsformationen aufzubauen– (*Dissoziationsoption*);
- Drittens die Bereitschaft aufbringen, strukturell destabilisierte Regionen als Verelendungszonen zu betrachten, die momentan nicht regierbar sind, - als Sozialfall der modernen Weltgeschichte – und den betroffenen Menschen die *Exitoption* zubilligen; d.h. den auswanderungswilligen Menschen zu ermöglichen, durch Kolonie- und Ghettobildung von Migranten in „Übersee“ (Europa, Nordamerika) als Weltbürger in transnationalen sozialen Räumen zu überleben (*transnationale Koexistenzoption*).

Vermutlich werden sich auf dem Kontinent der Vielfalt alle drei Szenarien gleichzeitig und in regional unterschiedlicher Intensitäten entfalten; je dramatischer die Knappheit an Land und Wasser (bei wachsender Bevölkerung), desto gewaltintensiver werden die Reaktionen ausfallen und desto stärker wird die Exitoption gewählt werden. Dabei wird vermutlich immer deutlicher die bestehende Interdependenz zwischen der *Verweigerungsmacht* der OECD-Staaten, den afrikanischen Staaten eine Perspektive für einen fairen Platz in einer gerechteren Weltwirtschaft zu eröffnen, und der *Chaosmacht* der sich exkludiert fühlenden Macht- und Bildungseliten afrikanischer Gesellschaften in Erscheinung treten.

Als politische Handlungsempfehlung an den Westen lässt sich daraus ableiten, dass es die politische Klugheit gebietet, die (geringen) Chancen der *Krisenprävention* rasch und energisch zu nutzen (Mehler 2002) und den drohenden Absturz von postkolonialen Staatsgebilden in völlige Rechtlosigkeit, Anomie und Chaos durch *kreatives Krisenmanagement* möglichst aufzuhalten (Waldmann 2002) – durch intelligente Einmischung in innere und äußere Angelegenheiten zwecks Abbau bestehender Entwicklungsblockaden und sozialer Ungerechtigkeiten (Calließ 2002). Denn auch für Afrika gilt, dass

verarmende und gewalttätige Staaten, die erst einmal *unregierbar* geworden sind, ansteckend auf ihre Nachbarländer wirken und damit die ausländischen Akteure in eine kaum lösbare Zwickmühle treiben: Entweder man bemüht sich, Krisenzonen einzudämmen, zu isolieren oder schlicht zu ignorieren; oder man versucht, eine internationale Treuhandschaft in Zonen mit leicht zerbrechlichem Frieden zu errichten (Debiel 2002: 312).

Beide Optionen sind angesichts poröser, unklar definierter Grenzen nicht leicht realisierbar und in jedem Fall teuer; denn Grenzen in afrikanischen Krisenregionen sind wie „weit geöffnete Kommunikationskanäle, die Nachbarstaaten in ein Netz gegenseitiger Abhängigkeit einbinden“ (Klein 2002: 241). Aber realisierbar ist vielleicht der Grundsatz, dass unsere gesamte Politik gegenüber den afrikanischen Regionen mit zerbrechlichem und zerbrochenem Frieden von dem Bemühen um Stärkung von rechtsstaatlicher Stabilität bei gleichzeitiger Minimierung von außergesetzlicher Gewalt in all seinen Formen begleitet sein sollte. Leider hat der aktuelle Kampf gegen den internationalen Terrorismus Regierungen politisch aufgewertet, die sich formal nach außen in die Phalanx gegen den Terror einreihen und die nach innen alle politischen Rivalen und Kritiker als „Terroristen“ oder „Feinde“ verfolgen (Hamm et al. 2002). Solange der bittere Erfahrungsgrundsatz die afrikanische Zivilgesellschaft einschüchtert, *„oppositioneller Demokrat zu sein bedeutet in Afrika sein Leben zu riskieren“*, ist die Hoffnung auf sozialen Fortschritt auf Sand gebaut.

Literatur:

- Aderinwale, Ayodele*, 2000: Afrika und der Globalisierungsprozess, in: Rainer Tetzlaff (Hrsg.), *Weltkulturen unter Globalisierungsdruck*, Bonn, 232-259
- Amnesty International: Sudan-Koordinationsgruppe*, 2002: Sudan. Rundbrief und Pressespiegel 2/2002 (Juni 2002)
- Asendorpf, Dirk*, 2002: Südafrikas politische Kultur im Übergang. Institut für Afrika-Kunde, Hamburg
- Bayart, Jean-Francois*, 1993: *The State in Africa. The Politics of the Belly*, London and New York
- Berdal, Mats/Malone, David* (Eds.), 2000: *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*, Boulder
- Bidima, Jean-Godefroy*, 2001: Ethik, in: *Das Afrika-Lexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichwörtern*, hrsg. von Jacob E. Mabe, Stuttgart, S.157-159
- Birnbaum, Michael*, 2000: Der Böse Kontinent. Warum Afrika den Kriegsherren und Despoten ausgeliefert bleibt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. Juni 2000, München S. 17
- Bielefeld, Heiner/Heitmeyer, Wilhelm* (Hrsg.), 1998: *Politisierte Religion*, Frankfurt a.M.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)*, 2002: *Materialien Entwicklungspolitik im Schaubild*, Berlin, 4. Auflage
- Calließ, Jörg* (Hrsg.), 2002: *Gerechtigkeit. Geschichte und Zukunftstauglichkeit eines politischen Leitbegriffs*. Evangelische Akademie Loccum, 26/01
- Castells, Manuel*, 2003: *Das Informationszeitalter III. Jahrtausendwende*, Opladen
- Collier, Paul*, 2000: *Economic Causes of Civil Conflict and their Implications for Policy*, World Bank, Washington
- Debiel, Tobias* (Hrsg.), *Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung*, EINE Welt, Texte der SEF, Bonn
- Evangelischer Presse-Dienst (epd)*, 2002: *Entwicklungspolitik, Schwerpunkt NEPAD*, Frankfurt a.M., Nr. 9/10 2002 Mai
- Frank, Hans*, 2001: *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen*, in: *Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg, Berlin, Bonn, S. 15-30
- Friedli, Richard*, 2001: *Human und humanitär – Weltethos interkulturell*, in: *Hans Küng und Karl-Josef Kuschel (Hrsg.), Wissenschaft und Weltethos*, München, S. 201-214
- Gellner, Ernest*, 1999: *Nationalismus. Kultur und Macht*, Berlin (Aus dem Englischen)
- Grundmann, Herbert*, 1961: *Religiöse Bewegungen im Mittelalter*, Darmstadt
- Hamm, Brigitte/Hippler, Jochen/Messner, Dirk/Weller, Christoph*, 2002: *Weltpolitik am Scheideweg. Der 11. September 2001 und seine Folgen*, Bonn 2002, SEF Policy Paper 19

- Hirsch, John L.* , 2001: Sierra Leone. Diamonds and the Struggle for Democracy. International Peace Academy Occasional Papers Series, Colorado and London
- Jakobeit, Cord/Weiland, Heribert* (Hrsg.), 2002: Das „Afrika-Memorandum“ und seine Kritiker. Eine Dokumentation. Institut für Afrika-Kunde Hamburg
- Kaplan, Robert*, 1996: Reisen an die Grenzen der Menschheit. Wie die Zukunft aussehen wird, München
- Kappel, Robert*, 2000: Afrikas Entwicklungspotenziale im Globalisierungsprozess, in: Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Weltkulturen unter Globalisierungsdruck, Bonn, 202-231.
- Kappel, Robert*, 2003: (Strategiepapier für SEF-Tagung in Bremen)
- Kepel, Gilles*, 1991: Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch, München und Zürich
- Khoury, Adel Theodor*, 2001: Der Islam und die westliche Welt, Darmstadt. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
- Klein, Alexander*, 2002: Turbulentes Horn von Afrika: Politische Regime im Übergang, in: Tobias Debiel (Hrsg.); Der zerbrechliche Frieden, Bonn, S. 240-262
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft*, 1997: „Orientierungslinien für die Aushandlung neuer Kooperationsabkommen“ mit den AKP-Ländern. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Brüssel
- Küng, Hans*, 1990: Projekt Weltethos, 2. Aufl., München und Zürich
- Küng, Hans und Karl-Josef Kuschel* (Hrsg.), 2001: Wissenschaft und Weltethos, München
- Mair, Stefan*, 2002: Simbabwe nach den Wahlen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, SWP-Aktuell 8 (März 2002)
- Mair, Stefan*, 2002a: Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, April 2002
- Mair, Stefan*, 2002b: Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität. SWP Berlin
- Mechers, Konrad*, 2002: Erneuerung afrikanischer Identität, in: epd: Entwicklungspolitik, Mai 2002, S. 27-32
- Mehler, Andreas*, 2002: Dezentralisierung, Machtteilung und Krisenprävention. Konzeptionelle Überlegungen mit Bezug auf Afrika, in: Tobias Debiel (Hrsg.), Der zerbrechliche Frieden, Bonn, S. 121-141
- Münkler, Herfried*, 2002: Die neuen Kriege, Hamburg
- Neubert, Dieter*, 2001: Die Globalisierung eines Organisationsmodells: Nicht-Regierungsorganisationen in Afrika, in: Ulrich Bauer/Henrik Egbert/Frauke Jäger (Hrsg.), Interkulturelle Beziehungen und Kulturwandel in Afrika. Beiträge zur Globalisierungsdebatte, Frankf.a.M., S. 51-69
- Nuscheler, Franz*, 1995:
- Pape, Matthias*, 1997: Humanitäre Intervention. Zur Bedeutung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen, Baden-Baden

- Peters-Berries*, Christian, 2001: Simbabwe zwischen Aufbruchkrise und Abstiegsangst. Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, SWP-Studie vom März 2001
- Picco*, Giandomenico (Ed.), 2001: Crossing the Divide. Dialogue among Civilizations; deutsch : Brücken in die Zukunft. Eine Initiative von Kofi Annan, hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Frankf.a.M.
- Reinhard*, Wolfgang, 1999: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München
- Reno*, William, 2000: Shadow States and the Political Economy of Civil Wars, in: Mats Berdal/David Malone (eds.), Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars, Boulder, p. 43-67
- Riesebrodt*, Martin, 2001: Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“, München, 2. Aufl.
- Rittberger*, Volker und *Hasenclever*, Andreas, 2001: Religionen in Konflikten, in: Hans Küng und Karl-Josef Kuschel (Hrsg.), Wissenschaft und Weltethos, München, S. 161-200
- Senghaas*, Dieter, 2001: Politische Rahmenbedingungen für Weltethos, in: Hans Küng und Karl-Josef Kuschel (Hrsg.); Wissenschaft und Weltethos, München, S. 141-160
- Soyinka*, Wole, 2001: Die Last des Erinnerns. Was Europa Afrika schuldet – und was Afrika sich selbst schuldet, Regensburg
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), 2001:
- Tajjib Salich*, 2002: „Muslimisches Utopia“. Gespräch über den Nord-Süd-Konflikt und Demokratie im Sudan mit Ingo Arend, in: Amnesty international: Sudan-Koordinationsgruppe, Rundbrief Juni 2002, S. 55-59
- Tetzlaff*, Rainer, 1998: Demokratisierungsanläufe im Sudan – Ein Fall von Selbstblockierung durch eine politische Klasse, in: Gunter Schubert und Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen, S. 297-330
- Tetzlaff*, Rainer (Hrsg.), 2000: Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. Stiftung Entwicklung und Frieden. EINE Welt, Bonn
- Tetzlaff*, Rainer, 2001: Ist der postkoloniale Leviathan in Afrika entbehrlich? Fragmentierte Gesellschaften zwischen Staatszerfall und sozialer Anomie, Kriegsherrentum und privater Organisation von Überlebenssicherheit, in: Laurence Marfaing/ Brigitte Reinwald (Hrsg.), Afrikanische Beziehungen, Netzwerke und Räume, Münster etc.201-228
- Tetzlaff*, Rainer, 2001a: Schwindende Sicherheit und wachsende Risiken in Afrika, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Hamburg, Berlin, Bonn, S. 347-374
- Tetzlaff*, Rainer, 2002: Die Staaten Afrikas zwischen demokratischer Konsolidierung und Staatszerfall. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte.

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, vom 29. März 2002, B 13-14/2002, S. 3-6

Trotha, Trutz von (Hrsg.), 1997: Soziologie der Gewalt. Sonderheft 37/1997 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Tull, Denis, 2001: Die Demokratische Republik Kongo. Länderbericht, in: Afrika-Jahrbuch 2000, hrsg. vom Institut für Afrika-Kunde Hamburg, S. 190-205

Waldmann, Peter, 1998: Soziale Anomie. Zur Fruchtbarkeit eines klassischen soziologischen Konzepts in Bezug auf die Entwicklungsländer, in: Geschichte und Gegenwart (August) 17, 1998, S. 143-164

Waldmann, Peter, 2002: Der anomische Staat. Über recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika, Opladen